

Einwanderungsland Deutschland: Willkommen, Migrantinnen und Migranten! Danke an die Herkunftsländer

(BG) (RO) (PL) (GR) (E) (H) (I) (IR) (UA) (TR) u.a.

Die InitiativGruppe e.V. organisiert für Migrantinnen und Migranten Deutsch-Integrationskurse, berufliche Qualifizierungsmaßnahmen und Bildungsberatung. Aus jahrzehntelanger Erfahrung wissen wir: Migrantinnen und Migranten legen Wert auf Bildung – für sich und ihre Kinder. Migrantinnen und Migranten wollen durch Arbeit ihre Existenz sichern. Eine pauschale Diffamierung von Zuwanderinnen und Zuwanderern als „Sozialtouristen“ ist eine böswillige Unterstellung und nicht akzeptabel. Auch das Wort „Armutszuwanderung“ oder die Aussage „Wer betrügt, der fliegt!“ sind eine unerträgliche Zumutung. Mit dieser Ausgabe zeigt die IG ein realistisches Bild von der aktuellen Zuwanderungssituation. Dazu gehört ein Verständnis für die katastrophale wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern, die den Verlust von gut ausgebildeten Menschen verkraften müssen.



Dimitar, Manuela, Alina, Claudia und Alina sind nach München gekommen, um zu arbeiten und ein besseres Leben zu finden. Sie besuchen abends von 18 – 21:30 Uhr in der IG den Deutsch-Integrationskurs, der zum Abschluss auf dem B1-Niveau führt.

Es ist noch nicht so lange her, da diskutierte man in Deutschland über die Frage, warum ausländische Fachkräfte einen Bogen um Deutschland machten und in anderen Staaten Arbeit suchten. Das hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren grundlegend geändert. Die globale Finanzkrise hat eine hohe Arbeitslosigkeit in den süd- und südosteuropäischen Ländern verursacht. Die Menschen in diesen Ländern gehen dorthin, wo es Arbeit gibt. Und Deutschland braucht Arbeitskräfte; am besten gut ausgebildete.

Im Jahr 2012 verzeichnete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 369.000 neu zugewanderte Migrantinnen und Migranten. Die meisten Migrantinnen und Migranten – 63,9 Prozent – kommen aus Ländern der EU. In den letzten Jahren hat die Bundesregierung die rechtlichen Zugangsbedingungen für Migrantinnen und Migranten erleichtert, so dass die veränderte Zuwanderungspolitik die Gewinnung von Fachkräften ermöglichte. Die von der Bundespolitik eingeleitete Willkommens- und Anerkennungskultur sieht flächendeckende Deutsch-Integrationskurse und berufsbezogene Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten vor. Außerdem gibt es jetzt ein Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen. Damit soll dem Fachkräftemangel in Deutschland abgeholfen werden.

Aber so einfach funktioniert die berufliche Integration von Einwanderinnen und Einwanderern nicht. Sie geht meist einher mit einem beruflichen Abstieg. In der realen Arbeitswelt zählt der Schul- und Berufsabschluss aus dem Heimatland nicht viel. Migrantinnen und Migranten, die mehrere Sprachen sprechen oder sogar einen universitären Abschluss erworben haben, arbeiten in Deutschland erst einmal in schlecht bezahlten Hilfsjobs, z.B. als Reinigungs- oder Servicekraft. Teilnehmer/-innen in den Deutsch-Integrationskursen der IG können davon ein Lied singen. Dennoch sehen sie für sich und die Zukunft ihrer Familien hier bessere Chancen als im Heimatland.

Svetelina aus Varna (Bulgarien) ist seit 2012 in München und arbeitet zunächst an der Kasse eines Restaurants. Sie hat Hotel- und Restaurantmanagerin gelernt und hat viele Jahre in den Tourismusgebieten am Schwarzen Meer Erfahrungen gesammelt. Neben ihrer Muttersprache spricht sie noch russisch und polnisch. In der Arbeitsstelle nimmt sie an internen Fortbildungen teil und hofft auf einen beruflichen Aufstieg. Voraussetzung dazu ist der erfolgreiche Deutschkursabschluss auf dem Niveau B2. Die Prüfung findet am 12.4.2014 statt. Später könnte sie dann eine Niederlassung dieser Restaurantkette leiten. Für dieses Ziel arbeitet sie hart. Vormittags besucht sie den Deutschkurs, anschließend arbeitet sie bis 22 Uhr.

Fortsetzung auf Seite 2

Unwort des Jahres 2013: „Sozialtourismus“

Begründung der Jury:

Im letzten Jahr ist die Diskussion um erwünschte und nicht erwünschte Zuwanderung nach Deutschland wieder aktuell geworden.

In diesem Zusammenhang wurde von einigen Politikern und Medien mit dem Ausdruck „Sozialtourismus“ gezielt Stimmung gegen unerwünschte Zuwanderer, insbesondere aus Osteuropa, gemacht.

Das Grundwort „Tourismus“ suggeriert in Verdrehung der offenkundigen Tatsachen eine dem Vergnügen und der Erholung dienende Reisetätigkeit. Das Bestimmungswort „Sozial“ reduziert die damit gemeinte Zuwanderung auf das Ziel, vom deutschen Sozialsystem zu profitieren. Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiern ihr prinzipielles Recht hierzu. Der Ausdruck „Sozialtourismus“ reiht sich dabei in ein Netz weiterer Unwörter ein, die zusammen dazu dienen, diese Stimmung zu befördern: „Armutszuwanderung“ wird im Sinne von „Einwanderung in die Sozialsysteme“ ursprünglich diffamierend und nun zunehmend undifferenziert als vermeintlich sachlich-neutraler Ausdruck verwendet. Mit „Freizügigkeitsmissbrauch“ wird denjenigen, die die in der EU jetzt auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien garantierte Freizügigkeit nutzen, ein kriminelles Verhalten unterstellt. Der Ausdruck „Sozialtourismus“ treibt die Unterstellung einer böswilligen Absicht jedoch auf die Spitze.

Wanderungsbilanz von Bulgaren und Rumänen im Vergleich mit der Wanderungsbilanz aller Zuwanderer



www.bamf.de, © Mediendienst Integration 2014

Kommunalwahlen in München am 16. März 2014: Gehen Sie wählen!

Am Sonntag, den 16.3.2014, wird das Münchner Stadtparlament für die nächsten 6 Jahre neu gewählt. Für die 80 Sitze im Stadtrat bewerben sich Kandidatinnen und Kandidaten auf Wahllisten von insgesamt 18 Parteien. Als Wähler/-in können Sie entscheidend bei der Zusammensetzung des Münchner Stadtrats und bei der Wahl des Münchner Oberbürgermeisters mitwirken. Die IG appelliert an die Leser/-innen dieser Zeitung: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Unsere Empfehlung: Wählen Sie keine Parteien und Kandidatinnen bzw. Kandidaten, die Migrantinnen und Migranten diskriminieren und ihre Rechte beschneiden. Informieren Sie sich auf Seite 4/5! Dort haben wir Kandidatinnen und Kandidaten zu ihrem migrationspolitischen Programm befragt. Die Antworten geben Ihnen Entscheidungshilfen für die

Kommunalwahl. Wir freuen uns sehr, dass uns die OB-Kandidatin **Brigitte Wolf (Die LINKE.)**, die OB-Kandidaten **Josef Schmid (CSU)** und **Dr. Michael Mattar (FDP)** sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden **Alexander Reissl (SPD)** und **Gülseren Demirel (Die Grünen – rosa liste)** geantwortet haben.

Wahlberechtigt sind alle Personen mit deutschem Pass und alle Staatsangehörigen der Europäischen Union, wenn sie 18 Jahre alt sind und seit zwei Monaten ihren Hauptwohnsitz in München haben. Alle Wahlberechtigten erhalten bis zum 23.2.2014 per Post eine Wahlbenachrichtigung. Wer bis dahin keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, sollte sich bis zum 28.2.2014 mit dem Münchner Wahlamt in Verbindung setzen.

Wählen können Sie am 16.3.2014 in Ihrem Wahllokal. Das für Sie zuständige Wahllokal ist auf der

Wahlbenachrichtigung vermerkt. Wenn Sie wählen gehen, nehmen Sie entweder die Wahlbenachrichtigung oder Ihren Ausweis mit. Wenn Sie am Wahltag verhindert sind, können Sie rechtzeitig vorher Unterlagen für die Briefwahl anfordern. Das Formblatt zur Briefwahl befindet sich in der Wahlbenachrichtigung oder Sie können die Briefwahl auch online beantragen.

Alle Informationen zur Wahl finden Sie unter www.muenchen.de / Suchwort: Kommunalwahlen.

Für Wählerinnen und Wähler, die zum ersten Mal wählen gehen oder denen das Wahlverfahren nicht klar ist, bietet Ihnen die IG die Möglichkeit, sich über das Wahlverfahren ausführlich und parteipolitisch neutral zu informieren:

Dienstag, den 11. März, um 18.30 Uhr, in der IG, Karlstraße 50, Rückgebäude, Saal im Erdgeschoß.

IG-InitiativGruppe
Interkulturelle Begegnung
und Bildung e.V.

Die InitiativGruppe (IG) ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein, der bereits 1971 von Münchner Bürgerinnen und Bürgern gegründet wurde. Die IG ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen (AZAV) sowie zertifizierter Integrationskursträger (BAMF).

Die IG braucht Ihre Mithilfe und Unterstützung! Informieren Sie sich über unsere Integrationsarbeit und unseren Verein unter www.initiativgruppe.de

Werden Sie Mitglied oder Spender/-in! Danke!
Fordern Sie unser Infomaterial an.

gefördert durch die

Landeshauptstadt
München

Orientierungskurse für Flüchtlinge

Verantwortliche in Politik und Gesellschaft haben endlich erkannt, dass es nicht sinnvoll ist, wenn Flüchtlinge ein Jahr in den Asylwohnheimen festsitzen, ohne die Möglichkeit zu haben, Deutsch zu lernen und etwas über das Leben und die Gesellschaft in Deutschland zu erfahren. Konkrete Schritte hat im September 2013 das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Migration eingeleitet: Für Asylbewerber/-innen gibt es nun Orientierungskurse; in München gibt es sechs von diesen Kursen, drei davon führt die IG durch.

Die Kurse sind für Menschen gedacht, die noch keine Arbeitserlaubnis haben und deswegen auch keinen regulären Sprachkurs machen dürfen. Die Orientierungskurse sind sehr praktisch orientiert. Die Themen sind ähnlich wie bei den Integrationskursen. Im Unterricht werden sechs der folgenden acht Module behandelt: Orientierung vor Ort/Verkehr/Mobilität – Alltag in Deutschland – Einkaufen – Gesundheit/medizinische Versorgung – Kindergarten/Schule – Sitten und Gebräuche/lokale Besonderheiten – Sprechen über sich und andere Personen/soziale Kontakte – Wohnen.

Welche Module gewählt werden, sollen die Teilnehmer/-innen selbst entscheiden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Teilnehmenden natürlich un-

terschiedlich vorgebildet sind, dass sie unterschiedlich gut daran gewöhnt sind, zu lernen und dass sie oft meinen, ihnen würde ein Sprachkurs angeboten – bei einigen wäre zuerst ein Alphabetisierungskurs erforderlich.

Unsere IG-Kurse haben zuerst in den Gemeinschaftsunterkünften stattgefunden. Dies hat aber bald Probleme verursacht. Es gab an manchen Orten keine Tafeln, die Kinder wollten ständig zu ihren Eltern in den Unterricht und die Räume waren sehr klein. Vor allem die Größe der Räume war ein Problem, da immer mehr Personen Interesse an den Kursen zeigten. Nach und nach wurden deshalb alle drei Kurse in unsere Schulräume in die Arnulfstraße 197 verlegt. Der Unterricht konnte nun viel besser durchgeführt werden und es bestand die Möglichkeit, die Gruppen in verschiedene Niveaus einzuteilen – ihren mitgebrachten Lernerfahrungen entsprechend. Es konnten auch Asylbewerber/-innen, die in der Umgebung der Stadt München wohnen, teilnehmen.

Inzwischen besuchen insgesamt fast 50 Personen die Kurse. Sie kommen aus allen Teilen der Welt und werden, je nach ihren Deutschvorkenntnissen, in eine der drei Gruppen eingeteilt. Alle Teilnehmer/-innen besuchen die Schule sehr zuverlässig. Sie sind froh über die Möglichkeit, ihre beengte Unterkunft verlassen zu können, die Sprache zu lernen und Ansprech-

partner für ihre Fragen zum Leben in Deutschland zu haben. Es ist schön, die deutlichen Fortschritte zu sehen, die die Teilnehmer/-innen in relativ kurzer Zeit machen konnten. Daran zeigt sich, wie sinnvoll ein früher und regelmäßiger Deutschunterricht parallel oder im Anschluss an die Orientierungskurse wäre.

Leider werden die Kurse nur nachmittags angeboten und es gibt keine Kinderbetreuung. Ein paar Mütter, die den Kurs in den Gemeinschaftsunterkünften noch besucht haben, können nun nicht mehr kommen. Bei der Kinderbetreuung gibt es also noch Verbesserungsbedarf, ebenso bei den Fahrtkosten, die momentan von der Stiftung BISS (Bürger in Sozialen Schwierigkeiten) getragen werden. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Das Modellprojekt Orientierungskurse endete zwar im Januar 2014, aber das Staatsministerium hat das Geld für die Kurse in 2014 schon bewilligt. Es wäre es schön, wenn die IG dabei wäre. Noch lieber würde die IG allerdings die Flüchtlinge in die regulären Integrationskurse aufnehmen, um ihnen von Anfang an einen systematischen Erwerb der deutschen Sprache zu ermöglichen. Denn so wären sie für ihren Aufenthalt in Deutschland, der ja oft (lebens-)lang ist, sprachlich kompetent – und nicht nur orientiert.

Christian Krapp

Abschaffung der Essenspakete für Flüchtlinge

Die bayerische Sozialministerin Müller hat mit Übernahme ihres Amtes im vergangenen September die Verbesserung der Lebensumstände von Flüchtlingen im Asylbewerbsverfahren angekündigt. Nun schafft sie ab 1.3.14 die Essenspakete für Flüchtlinge ab und ersetzt sie durch 140 € Essensgeld. Nach Auskunft des Amtes für Wohnen und Migration bekommt in München nun ein Asylbewerber, der in einer Gemeinschaftsunterkunft lebt, inklusive Taschengeld nun auf 296,22 €/Monat – plus zweimal jährlich Sachleistungen für Bekleidung. Damit liegt der Satz aber knapp 100 € unter dem Hartz-IV-Regelsatz und damit unter dem Existenzminimum. Zwar entspricht die Essenspauschale von 4,60 €/Tag dem Hartz-IV-Satz, doch kann man sich davon sicher nur dann ernähren, wenn man einen Aldi in der Nähe hat, Vorräte anlegen und Sonderangebote nutzen kann. So abgeschottet, wie Flüchtlinge leben müssen, und weitgehend ohne Sprache, dürfte es für die meisten unmöglich sein, sich gesund zu ernähren. Die Verbesserung ist also eher symbolisch, wenn nicht weitere Schritte folgen. Wir werden die Folgen beobachten und uns auf jeden Fall auch weiterhin für einen humanen und menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen einsetzen.

Lourdes Ros

Öffnung der berufsbezogenen Deutschkurse für Flüchtlinge

Junge Flüchtlinge lernen Deutsch, um später eine Beschäftigung ausüben zu können



Lange durften Flüchtlinge erst nach längerem Aufenthalt in Deutschland die deutsche Sprache erlernen. Nach kritischen Diskussionen in Gesellschaft und Politik hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Frühjahr 2012 die berufsbezogenen Deutschkurse für bleiberechtigte Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis geöffnet. Zwar soll der berufsbezogene Deutschkurs auf einem Integrationskurs aufbauen – aber Flüchtlinge dürfen einen solchen Integrationskurs nicht besuchen. Dennoch werden die Kurse von vielen Flüchtlingen genutzt, die auch ohne Integrationskurs sprachliche Vorkenntnisse erwerben konnten.

Die IG führt seit September 2012 spezielle berufsbezogene Deutschkurse für junge Migrantinnen und Migranten durch, die vor allem von jungen Flüchtlingen im Alter von 16 bis 30 Jahren genutzt werden. Die meisten von ihnen haben zum Ziel, nach dem Kurs eine Ausbildung zu finden, einen Schulabschluss nachzuholen oder auch direkt eine Beschäftigung ausüben zu können.

Die Kurse sind für die Teilnehmer/-innen kostenlos und werden auf dem Sprachniveau A1-B2 angeboten. Die Kosten für Lernmaterial und Fahrkarten werden vom BAMF erstattet. Der Unterricht findet nachmittags von Montag bis Freitag in der Arnulfstraße 197 statt. In sechs Monaten wird neben dem Deutschunterricht auch Berufskunde, Bewerbungstraining, EDV- und Mathematikunterricht durchgeführt. Dazu absolvieren alle Teilnehmer/-innen gegen Ende des Kurses ein vier-



Jetzt dürfen Flüchtlinge an den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten berufsbezogenen Deutschkursen teilnehmen. Damit verbessern sich ihre Chancen, eine Arbeit zu finden.

wöchiges Praktikum in unterschiedlichen Betrieben. So findet auch ein für viele erster Kontakt zum deutschen Arbeitsmarkt statt.

Aufgrund der vielfältigen Herausforderungen und Problemlagen, die gerade die jungen Flüchtlinge durch ihre oftmals traumatischen Erlebnisse mitbringen, wird neben der Vermittlung berufsbezogener und sprachlicher Fertigkeiten auch Wert darauf gelegt, dass die Gruppe und die Einzelnen intensiv sozialpädagogisch betreut und beraten werden. So werden unter anderem, vor oder nach dem Unterricht, regelmäßig Sport-, Film- und Kunstpädagogische Projekte zur Stabilisierung der Teilnehmer/-innen und der Klasse

durchgeführt. Zusätzliche Angebote zur Integration in die Stadtgesellschaft werden durch das Amt für Wohnen und Migration in München gefördert. Hierzu wird beispielweise mit jedem Kurs eine Stadtrallye gemacht, damit die Teilnehmer/-innen wichtige Beratungs- sowie Bildungseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten in der Stadt München kennenlernen, die sie auch nach dem Kurs besuchen und nutzen können.

Die Teilnehmer/-innen in den Kursen bringen ganz unterschiedliche Fähigkeiten und Vorkenntnisse mit. So haben einige bereits einen Schulabschluss oder ein Studium abgeschlossen, andere wiederum waren nur ein paar Jahre auf der Schule oder wurden erst in München

alphabetisiert. Auch wenn die Teilnehmer/-innen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Lebensgeschichte und Interessen in den Kursen teilweise sehr verschieden sind, haben sie doch alle eine Gemeinsamkeit: Alle waren vor dem Kurs hier in München lange auf der Suche nach einem Ort, an dem sie Deutsch lernen und auch ein Stück Stabilität und Struktur in ihr Leben zurückerlangen können. Diesen Ort haben sie nun bei der IG gefunden.

Offene Sprechstunde für Informationen rund um die Kurse für junge (16 bis 30 Jahre) Migrantinnen und Migranten/Flüchtlinge: Jeden Montag um 15 Uhr, Arnulfstraße 197, 4. Stock bei Manuel Mosler.

Manuel Mosler

Fortsetzung von Seite 1

Claudia, Manuela, Joana und Alina besuchen in der IG den B1-Integrationskurs, der am Abend von 18:00 – 21:30 Uhr stattfindet. Sie stammen aus Rumänien. Ihnen ergeht es ähnlich. Sie sind vor ein bis zwei Jahren nach München gekommen und arbeiten als Raumpflegerin, Hausdame in einem Hotel oder Verkäuferin. In der Heimat waren sie Lehrerin, Kosmetikerin und Steuerberaterin.

Claudia berichtet von ihren ersten Monaten, nachdem sie eingereist ist: „Ich musste als Putzfrau täglich 10 Stunden arbeiten, 7 Tage lang. Das konnte ich nicht durchhalten. Ich war froh, als ich etwas anderes fand.“ Rushi ist Angehöriger der Roma in Bulgarien. Er arbeitet in München als „Floor Supervisor“, eine vornehme Umschreibung für die Aufsicht über Reinigungspersonal, in einem 5-Sterne-Hotel in München. Er meint scherzhaft: „Viele von uns haben sich hier eine Augenkrankheit zugelegt. Überall, wo wir uns aufhalten, sehen wir den Schmutz, den wir gewohnt sind, als Putzkraft wegzuwischen.“ Dimitar aus Bulgarien lernt gerade die Münchner Straßennamen für die Taxifahrerprüfung. „Es ist schwer, hier Fuß zu fassen“, sagt er. Aber die ersten Schritte sind klar: lernen und arbeiten. Lernen, um die notwendigen deutschen Sprachkenntnisse zu erwerben; arbeiten, um den Lebensunterhalt zu ermöglichen.



„Ich fühle mich gut hier!“, sagt Svetelina aus Varna (Bulgarien).

Von der öffentlichen Debatte über Armutszuwanderung und Sozialtourismus (Unwort des Jahres 2013, siehe Seite 1) halten sie nichts. Natürlich gäbe es wie überall gute und schlechte Menschen. Aber was heiße Armutszuwanderung? Arm zu sein, bedeute nicht, ein schlechter Mensch zu sein. „Wir sind keine Diebe!“, sagt Manuela. Es wäre ungerecht, alle in einen Topf zu

werfen. Rushi ist der Auffassung: „Die meisten meiner Landsleute nehmen jede Arbeit an, die sich bietet. Nur relativ wenige schlagen sich als Prostituierte, Strichjungen oder Bettler durch.“ Statistisch gesehen, beziehen Rumänen und Bulgaren weniger Sozialhilfe als Migrantinnen und Migranten allgemein, Deutschland profitiere doch von den Rumänen und Bulgaren, die hier zum Arbeiten kommen. „Wenn wir nicht hier wären, ginge es auch Deutschland schlecht“.

In der Heimat sei das Leben nicht mehr möglich. Es gibt keine Arbeit. Wenn, dann bekomme man sie durch Beziehungen und Geld. Alles sei genauso teuer wie hier. Es gibt zwar eine Krankenversicherung, aber den Arzt müsse man zusätzlich bezahlen. Kleidung für die Kinder ist nicht bezahlbar; Spielzeug und Essen sind teuer. Das ganze politische System sei korrupt. „Natürlich würde ich gerne zurückkehren, zu meinen Freunden, zur Familie, aber es geht nicht mehr. Drum müssen wir hier bleiben“, sagen Alina und Manuela. Dimitar ergänzt: „Ich will ein normales Leben, reisen, Sport treiben“. Die Zukunft sehen die Kursteilnehmer/-innen eher in Deutschland. Sie alle schätzen das Rechtssystem in Deutschland, die Zuverlässigkeit, die Sicherheit, die Demokratie. „Die Kinder haben hier eine Erziehung“, meint Alina. Und Svetelina will ihren 7-jährigen Sohn nach München holen, wenn sie eine

größere Wohnung findet, denn: „Ich fühle mich gut hier; ich liebe Deutschland“. An kulturelle Bedürfnisse ist derzeit aber nicht zu denken: Alina würde gerne einmal mit ihrem Mann in die Oper gehen. „Aber das können wir uns nicht leisten.“

Ein großes Problem in München ist, eine günstige Wohnung zu finden. Das Verdienst ist nicht so hoch, dass man sich eine schöne Wohnung leisten könnte. Claudia erzählt von ihrer Anfangszeit in München: „Ich habe einen Makler beauftragt, eine Wohnung für mich zu finden. Er hat 4.000 € dafür bekommen, aber eine Wohnung hat er nicht vermittelt.“ Von solchen Fällen von Ausbeutung haben alle schon gehört. Es kommt daher, dass man die Sprache nicht versteht und sich nicht auskennt. Rushi bringt es so zum Ausdruck: „München ist eine anstrengende Stadt: Man verdient Geld, aber es bleibt auch hier.“ Man könne nichts sparen. Man könne auch kaum etwas nach Hause schicken. Trotzdem wird versucht, die Familie im Heimatland finanziell zu unterstützen, damit zum Beispiel die Eltern zum Arzt gehen können. Überhaupt verschlimmere sich die Lage in Bulgarien und Rumänien, denn die Jungen verließen das Land, es blieben die Alten. „So gehen unsere Länder kaputt“.

Manfred Bost

Der NSU und der Staat

Die Mordtaten des NSU und die Reaktionen staatlicher Organe auf diese Mordtaten werfen von Anfang an die Fragen auf: Wie gehen wir mit rechtsradikalen Ausländerfeinden um? Wie geht der Staat mit deren Opfern um, wenn diese Migranten sind?

Zwei Kritikpunkte:

2005. Eine Nürnberger Zeugin beschreibt zwei verdächtige junge Männer, die sie tatort- und tatzeitnah bei einem der Morde in Nürnberg gesehen hat. Dann entdeckt sie dieselben jungen Männer auf Videoaufnahmen, die vor und nach dem Bombenanschlag in der Kölner Keupp-Straße (2004) entstanden sind. Damit hätte man eine Spur, könnte die jungen Männer suchen – und tut es nicht. Weil sie nicht ins Schema passen. Man sucht „türkisch aussehende Täter“ – und dies, obwohl in keinem der Fälle eine Spur in diese Richtung gefunden wurde. Offensichtlich handelt es sich nicht nur um Inkompetenz – um Pleiten, Pech und Pannen, dass das NSU-Trio, gestützt auf ein Umfeld von 40-100 Helfern, bis 2011 unerkannt 10 Morde und den schweren Bombenanschlag in Köln (sowie 14 Banküberfälle) begehen konnte, ohne dass die Ermittler einen rechtsradikalen Hintergrund in Erwägung gezogen haben. Ein solch systematisches und langjähriges Versagen der Professionalität lässt nur eine Vermutung zu: Handelt es sich dabei um institutionellen Rassismus oder um Türkenfeindlichkeit?
- Haben staatliche Organe, vor allem der Verfassungsschutz, aber auch das Thüringer Landeskriminalamt, schon vor 2011 etwas gewusst, vielleicht sogar mit zu den Taten beigetragen? Hier sind die Anhaltspunkte:
 - Um die 40 V-Männer hatte der Verfassungsschutz im näheren und weiteren Umfeld des NSU eingesetzt. Genug, dass Informationen über den NSU und seine Helferszene zumindest durchsickern sollten.
 - Der Verfassungsschutz Thüringen hat nach Aussagen der Polizei den Zugriff auf den NSU verhindert.
 - Der Verfassungsschutzmann Temme, auch V-Mann-Führer eines Rechtsextremisten in Kassel, saß im gleichen Café, in dem Halit Yozgat 2006 ermordet wurde. Er hat auch kurz vor und kurz nach dem Mord mit seinem V-Mann telefoniert.
 - Es war der Verfassungsschutz Thüringens selbst, der die rechtsextreme Organisation namens Thüringer Heimatschutz initiiert und finanziert hat – dort hat sich das NSU-Trio radikalisiert.
 - „Kriegen Sie bloß nichts raus!“ wurde 2003 dem Polizisten Marc G. befohlen, als er Bönhart direkt auf der Spur war – vom Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes, Herrn Werner Jakstat.
 - Die drei NSU-Täter – nach denen gefahndet wurde! – lebten mit ihren bekannten Gesichtern in ihrem Heimatgebiet. Sie sind untergetaucht, bewegten sich aber frei und ungeniert in ihrer Umwelt. Trotzdem entdeckt sie niemand?

Sollten diese Anhaltspunkte nicht für einen Anfangsverdacht gegen staatliche Organe ausreichen? Es geht darum, dass Migrantinnen und Migranten wieder Vertrauen in den Rechtsstaat bekommen!

Der IG-Migrationsblog (BlogIG) verfolgt kontinuierlich die Aufklärungsbemühungen. Dort finden sich die Details und die Links zu allen Angaben.

Leo Brux

Impressum:

Herausgeber: IG – InitiativGruppe
Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.,
Karlststraße 50, 80333 München
www.initiativgruppe.de
Tel.: 089/544 671 – 0;
Fax: - 36; E-Mail: ig@initiativgruppe.de
Spendenkonto: 88 22 700;
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 700 205 00
Vorstand: Manfred Bosl; Stv.: Lourdes Ros
Redaktion: Manfred Bosl, Christine von dem Knesebeck, Herrad Meese, Lourdes Ros, Christiane Schloffer
Fotos: Samir Sakkal und
Rainer Wiedemann (Seite 1 und 2 unten)
Layout u. Herstellung: Ziegler Druckvorlagen GmbH
Gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft
Auflage: 5000

Auf dem Weg, Visionen zu verwirklichen

Das Netzwerk Münchner Migrant_innenorganisationen „MORGEN“ stellt sich vor

Der Name „MORGEN“ ist nicht nur eine Abkürzung der Münchner Migrant_innenORGanisationEN, sondern es kommt in ihm auch eine Vision zum Ausdruck. Die Vision, dass sich Vereine und Organisationen von Menschen verschiedener Herkunft in München zusammenschließen, um sich auszutauschen, sich zu vernetzen und ihre Interessen gemeinsam zu vertreten und zu verfolgen. Seit September 2013 gibt es das Netzwerk offiziell. Seitdem wird MORGEN durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und durch die Landeshauptstadt München finanziell gefördert.

Ein zentrales Ziel von MORGEN ist die Anerkennung der vielfältigen Leistungen der Migrant_innenorganisationen durch Politik und Öffentlichkeit. Dazu ist eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit (Newsletter, Veranstaltungskalender, Internetauftritt in Kooperation mit der Journalistenakademie bis April 2014) aller Mitglieder geplant. Angestrebt wird außerdem eine verbesserte Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Migrant_innen und von MORGEN in der kommunalen Politik. Wichtig ist auch die Entwicklung professioneller Strukturen durch die Erweiterung der finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen.

Mitglieder von MORGEN erhalten die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren. 2013 fanden bereits Schulungen zu den Themen „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Projektanträge“ statt. Auch 2014 werden weitere Seminare angeboten, die ein Trägerkreis plant – gemeinsam mit dem Ausländerbeirat, dem Selbsthilfezentrum, der Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement (FÖBE) und dem Sozialreferat. Die Netzwerk-Mitglieder können sich an der Planung beteiligen: Das machen bereits der Türkisch-Deutsche Studentenbund und das Russische Kulturzentrum GOROD.

Das Netzwerk wird sich demnächst auch eine Satzung geben. Zentral ist die Diskussion über inhaltliche Schwerpunkte und über die Aufnahme als Mitglied. Grundlage für die mögliche Mitgliedschaft ist eine Selbstverpflichtungserklärung, die beinhaltet, nach den demokratischen Grundrechten und allgemeinen Menschenrechten zu handeln und diskriminierende Bestrebungen jeder Art zu ächten. Nur wer sich zu einem friedlichen und kooperativen Miteinander in München bekennt, kann Teil von MORGEN werden. Dazu gehört es auch, die Heimatkonflikte so weit wie möglich außen vor zu lassen und sich auf das Zusammenleben in München zu konzentrieren.

MORGEN wird sich einsetzen für

- die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft
- ein Kommunalwahlrecht für Menschen aus Nicht-EU-Ländern



Unter der Beteiligung von über 60 Personen fand das Gründungstreffen am 21.11.2013 im Münchner Rathaus statt.



Sie bilden die Kerngruppe von „MORGEN“ (v.l.n.r.): Nina Vishnevskaja, Hawre Zangana, Irene Ketterer, Abdi Nur, Friederike Thoenes, Friad Aziz-Seltmann, Laura Lajqui, Mustafa Erciyas, Maria Klimovskikh und Manfred Bosl

- die Förderung von Mehrsprachigkeit und muttersprachlichem Ergänzungsunterricht
- eine verbesserte Einbindung von MORGEN in bereits etablierte gesellschaftliche und politische Netzwerke in München.

Bereits jetzt ist deutlich, dass viele Menschen in München großes Interesse daran haben, das Netzwerk kennen zu lernen, zu unterstützen und darin mitzuwirken. Ein besonders schöner Ausdruck der Zu-

sammenarbeit verschiedener Vereine und Initiativen war ein mehrsprachiges Märchen-Lesefest in der IG im November (s. S. 7). Die vorhandene Energie und Begeisterung wird sich hoffentlich auch weiter fortsetzen und das schon aufgekommene „Wir“-Gefühl wird weiter entwickelt. Dann wäre MORGEN der Umsetzung seiner Vision tatsächlich schon einen großen Schritt näher gekommen.

Friederike Thoenes

Kommunalwahlen in München Stürzenberger unter Beobachtung des Verfassungsschutzes

Stürzenberger, Vorsitzender der Partei „Die Freiheit“, plakatiert zurzeit den Slogan „Freiheit statt Islamisierung“ und sammelt Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau. In seinen Thesen geht Stürzenberger weit über den Rahmen unseres Rechts auf freie Meinungsäußerung hinaus. Seine 8 Thesen vom Oktober 2011 und seine eigenen Korrekturen der Thesen sind nachzulesen unter <http://www.pi-news.net/2011/10/thesenpapier-gegen-die-islamisierung/>

Zitate aus seinen Thesen:

Der Islam ist eine Machtideologie im Deckmantel einer Religion, die die Welt in höhergestellte Rechtgläubige und minderwertige Ungläubige aufteilt. Mit totalitärem weltlichen Herrschaftsanspruch, Intoleranz, Gewaltbereitschaft und Tötungslegitimation.
(aus These 2)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland muss ... alle islamischen Verbände unmissverständlich und unverzüglich dazu auffordern, sich sofort und für alle Zeiten gültig vom weltlichen Machtanspruch, von der Intoleranz, von der Gewalt und der Tötungsbereitschaft zu verabschieden. Außerdem unbefristet auf die Scharia, das islamische Rechtssystem, zu verzichten.
(aus These 3)

Wenn diese Forderungen nicht von den islamischen Verbänden verbindlich unterzeichnet werden, werden sie als verfassungsföndlich erklärt und letztlich verboten, es erfolgt ein sofortiger Baustopp von Moscheen, die Schließung von Koranschulen.
(aus These 5)

Stürzenberger, der den Islam grundsätzlich als gewaltbereite Ideologie betrachtet, war von einer „Verhärtung der Fronten“ ausgegangen und hatte zu-

nächst einen „Volksentscheid zum Verbot des Islams“ gefordert. Allen Muslimen hatte er empfohlen, dem Islam „abzuschwören oder abzureisen“. Dies hat er am 19.11.2011 aus verfassungsrechtlichen Gründen zurückgenommen.

Doch warnt er in seinen Thesen weiterhin bis heute:

„Wenn der Islamisierung Deutschlands und Europas nicht rechtzeitig mit politischen Maßnahmen Einhalt geboten wird, ist die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten.“ Denn „Wenn der ‚Point of no return‘ überschritten ist, wird der Konflikt nicht mehr friedlich zu lösen sein.“

Stürzenbergers Ziel, eine anerkannte Religion, den Islam, in dieser Weise zu verleumden, zu diffamieren und letztlich zu verbieten, hat inzwischen den Verfassungsschutz alarmiert. Das Bayerische Innenministerium hat Stürzenberger unter Beobachtung gestellt.

Viele, die sich überlegen, ihm ihre Stimme zu geben, da sie mit einer grundsätzlichen Islamkritik sympathisieren, übersehen, dass der Demagoge weit über eine solche Kritik hinausgeht. Unterschätzen Sie nicht den „Wolf im Wolfspelz“. Er steht für die Unfreiheit.

Leo Brux, Christine v.d. Knesebeck

Beratung zu Deutsch-Integrationskursen und beruflicher Qualifizierung bei der IG in München:

Deutsch-Integrationskurse

Zielgruppe: Migrantinnen und Migranten
IG-Sprachkursprojekt, Karlstr. 50, III. OG,
Tel.: 544 671 – 18
IG-Frauenprojekt, Karlstr. 50, I. OG
Kurse mit Kinderbetreuung
Tel.: 544 671 – 21
Beratungszeiten: Dienstag von 10-12 Uhr,
Donnerstag von 14-17 Uhr

Sprachliche und berufliche Beratung

Zielgruppe: Interessierte an beruflicher Qualifizierung, Arbeitslose
Integrationsberatungszentrum Sprache & Beruf (IBZ), Karlstr. 44, II. OG; Tel.: 30 90 7627 – 10
Beratungszeiten: nach telefonischer Vereinbarung

Berufliche Orientierung und Qualifizierung

Zielgruppe: Migrantinnen
Frauen in Beruf und Schule (FiBS), Arnulfstr. 197
Tel.: 45 20511 – 26

Sonstige Beratungsstellen:

Info-Zentrum Migration und Arbeit

im DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64
Tel.: 513 999 – 29 / – 32
savas.tetik@awo-muenchen.de

Bildung statt Betteln

Sprechstunde jeden Montag, 12:30 bis 16:30
Caritas-Zentrum Innenstadt
Landwehrstraße 26

Schiller 25

Migrationsberatung Wohnungsloser
Schillerstraße 25/Ecke Landwehrstraße
Tel.: 54 59 41 40

Schulberatung International

Goethestraße 53, 80336 München
Tel.: 233-26875

Fragen an die Parteien im Münchner Stadtrat

Am 16. März 2014 finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Die Reihenfolge der Stellungnahmen richtet sich nach dem Wahlergebnis 2008.

IG-InitiativGruppe

Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.

Unsere Themen:

1. Migration und politische Teilhabe

Nach neuesten Erhebungen leben in München über 550.000 Menschen mit Migrationshintergrund aller Altersgruppen – das sind 40% der Münchner Bevölkerung. Von ihnen sind nur etwa ein Drittel EU-Staatsangehörige und können den/die Oberbürgermeister/-in und den Stadtrat wählen. Ein weiteres Drittel etwa sind Drittstaatenangehörige und von den Kommunalwahlen ausgeschlossen. Die Ermöglichung politischer Teilhabe (Interessenvertretung, Selbsthilfe, Selbstorganisation usw.) muss verbessert werden.

- Wie stehen Sie zum Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer?
- Wie sehen Sie die Zukunft des Ausländerbeirats – im Hinblick auf seine Kompetenzen, auf die Erweiterung seiner Rechte und auf das Wahlverfahren?
- Setzen Sie sich für die finanzielle Erweiterung der Selbsthilfeförderung für die Münchner Migrantenvereine ein?
- Welche Position vertreten Sie zum geplanten „Münchner Forum für Islam“ (ehemals ZIEM): Soll es realisiert werden? Wo und wann?

2. Bildungspolitik

Auch wenn sich langsam Verbesserungen abzeichnen, sind Schüler/-innen mit Migrationshintergrund nach wie vor stark benachteiligt. Das bestätigt der soeben veröffentlichte Münchner Bildungsbericht. Über die Notwendigkeit des flächendeckenden Ausbaus von Ganztagschulen besteht ein allgemeiner, parteiübergreifender Konsens.

- Wie kann Ihrer Meinung nach die Qualität der Ganztagsbildung nachhaltig hergestellt und gesichert werden?
- Wie wollen Sie die Jugendhilfe (Schulsozialarbeit, Jugendkulturarbeit, Erziehungshilfen) stärker in die Ganztagsbildung einbeziehen und finanziell besser ausstatten?

3. Wohnungspolitik

München boomt. Das Wirtschaftswachstum schafft einerseits mehr Arbeitsplätze, andererseits fehlen bezahlbare Wohnungen. Das Verhältnis von Wachstum zu Wohnraum scheint außer Kontrolle geraten zu sein, was besonders für Zuwanderinnen und Zuwanderer ein großes Problem ist.

- Wie wollen Sie eine Balance zwischen wirtschaftlichem Wachstum und sozialverträglichem Wohnungsmarkt herstellen, um für die Münchner Bürger/-innen ausreichend Wohnraum zu günstigen Mietpreisen zu schaffen?
- Für welche spezifischen Wohnmöglichkeiten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, besonders schutzbedürftige UN-Flüchtlinge (Resettlement-Flüchtlinge) und Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten werden Sie sich im Stadtrat einsetzen?

4. Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus

Auch in München leiden Migrantinnen und Migranten unter vielfältigen Benachteiligungen und Ausgrenzungen. München als eine Stadt der Vielfalt braucht zum Erhalt des friedlichen Zusammenlebens eine aktive Antidiskriminierungspolitik.

- Welche bestehenden Maßnahmen zum Abbau struktureller und individueller Rassismen führen Sie fort bzw. welche Initiativen ergreifen Sie, um vor Diskriminierungen zu schützen?

Michael Stürzenberger von der Partei „Die Freiheit“ spricht in seinen 8 Thesen (byzanz, PI, Okt. 2011) von der „Islamisierung Deutschlands“ und der „tickenden Zeitbombe Islam“. Wegen dieser islamfeindlichen Thesen und seines Auftretens in der Öffentlichkeit hat das Bayerische Innenministerium M. Stürzenberger unter Beobachtung des Verfassungsschutzes gestellt.

- Mit welchen politischen Mitteln beabsichtigen Sie, gegen diese Partei im Wahlkampf und danach vorzugehen?



SPD

**Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender**

1

Das kommunale Wahlrecht auch für nicht EU-Bürgerinnen und -Bürger steht im Wahlprogramm der SPD München 2014-2020 – und das unterstützen wir ausdrücklich.

Der Ausländerbeirat München – in den 70er Jahren auf Initiative der SPD gegründet – war, ist und bleibt für die SPD-Stadtratsfraktion ein wichtiger Akteur und unverzichtbarer Gesprächspartner zu allen Fragen der Integration.

Der derzeitige Selbsthilfeeinsatz im sozialen Bereich beträgt ca. 280.000 € pro Jahr. Davon fließen rund 75 % an Migrantenselbstorganisationen. Wir setzen uns dafür ein, dass verstärkt Projekte in die Regelförderung des Stadtjugendamtes oder des Amtes für Wohnen und Migration aufgenommen werden. Hierzu müssen die Gruppen und Vereine entsprechende Anträge stellen.

Die SPD-Stadtratsfraktion war eine der Initiatorinnen der fraktionsübergreifenden Stadtratsinitiative zur Unterstützung des ZIEM – heute „Münchner Forum für Islam“.

Die Realisierung scheiterte bisher an der Finanzierung durch den Trägerverein ZIEM e.V. Eine gesicherte und transparente Finanzierung ist die Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Standortdiskussion.

2

Dem Ausgleich von Bildungsbenachteiligung kommt in unserer städtischen Bildungspolitik eine zentrale Bedeutung zu. Bildungsgerechtigkeit braucht eine gute Ganztagsbildung. Qualität und ein bedarfsgerechter Ausbau haben hier Vorrang. Es geht nicht nur um Betreuung am Nachmittag, sondern um facettenreiche Bildungsangebote. Wir setzen auf die bedarfsorientierte Budgetierung von Bildungseinrichtungen und ganz bewusst auf Förderung im Sinne von Integration. Die städtische Serviceagentur für Ganztagsbildung unterstützt den Ausbau der Ganztageseinrichtungen in allen Schularten und hilft mit Beratung und Vernetzung, so dass in der letzten Amtszeit mehr als 8.000 Ganztagsplätze im Grundschulbereich geschaffen wurden. Und auch die künftig sechs Münchner Bildungslokale dienen als direkte Ansprechpartner für lokale Bildungsangebote. Bei einem Mehrjahresinvestitionsprogramm von über 972 Millionen Euro für den Schulbau ist ein qualitativer Ausbau der Ganztagsbetreuung in München gewährleistet.

Die Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit Schulen ist sehr wichtig und sollte weiter intensiviert werden. Sie ist eine wirkungsvolle Maßnahme, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu generieren und muss vor allem bedarfs- und wirkungsorientiert sein. Mit der Schulsozialarbeit wird dies bereits realisiert. Hier investiert die Stadt über 10 Millionen Euro. Erst im Juni 2013 haben wir den Ausbau der Sozialarbeit an Berufsschulen gefordert.

3

Die SPD-Fraktion hat Deutschlands größtes kommunales Wohnungsbauprogramm ins Leben gerufen. 800 Mio. € sind im Zeitraum 2012 bis 2016 für die Wohnbauförderung vorgesehen. Im vergangenen Jahr sind in München 8.044 Neubauwohnungen fertiggestellt worden. Dieser Wert liegt deutlich über dem beschlossenen Ziel von 7.000 Wohnungen pro Jahr. Weiterhin steht ein Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG für uns nicht zur Diskussion. Beide leisten mit über 60.000 Wohnungen einen unschätzbaren Beitrag zur Versorgung mit sozial verträglichem Wohnraum und sollen weitere bauen (bis zu 1.000 pro Jahr).

Einer der weiteren wichtigen Schritte der letzten Monate, bezahlbaren Wohnraum zu sichern, haben wir mit viel Nachdruck durchgesetzt. Städtische Grundstücke werden nicht mehr zum Höchstpreis vergeben, sondern zu einem deutlichen niedrigeren Verkehrswert. Im Gegenzug verpflichten sich die privaten Bauherren soziale Bindungen einzugehen. Für uns sind außerdem die Wohnungsbaugenossenschaften wichtige Akteure. Sie schaffen und erhalten preisgünstigen Wohnraum. Auf allen städtischen Grundstücken werden 40 Prozent für Genossenschaften und Baugemeinschaften reserviert.

Wir setzen uns für diese Flüchtlingsgruppen für betreute Wohngruppen und angemietete Wohnungen ein. Das Sozialreferat informiert, berät und unterstützt MigrantInnen aus den neuen EU-Staaten zu den Themen Arbeiten und Wohnen. In Notlagen gibt es Beratungen zur rechtlichen Situation und im Winter ein umfangreiches Kälteschutzprogramm.

4

Die Anti-Diskriminierungspolitik der Landeshauptstadt München nicht zuletzt als Arbeitgeberin gilt bundesweit als vorbildlich. Davon profitieren nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern alle Gruppen mit Diskriminierungserfahrungen. Diese Politik strahlt auch auf die Stadtgesellschaft aus. Der Kampf gegen Diskriminierungen aller Art bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Im September 2013 haben alle demokratischen Parteien im Münchner Stadtrat eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die sich deutlich gegen „Die Freiheit“ positioniert. Die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ bündelt die Aktivitäten der Stadtverwaltung und vernetzt die demokratischen Kräfte in München. Ein wichtiges neues Instrument auch im Wahlkampf sind die so genannten „Beauftragten gegen Rechts“ in den 25 Bezirksausschüssen, die vom Stadtrat mit besonderen Rechten ausgestattet wurden – auf SPD-Initiative. Sie dienen als lokale Ansprechpartner, sammeln Informationen über die Szene und können vor Ort schnell und flexibel auf rechte Aktivitäten reagieren. Grundsätzlich gehen wir nicht gegen irgendwelche Wählervereinigungen oder Initiativen vor. Wir fürchten, dass gezielte Auseinandersetzungen solche Gruppen eher aufwerten. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass München die Stadt der Vielfalt und ein Garant der Menschenrechte bleibt.



CSU

**Josef Schmid
Fraktionsvorsitzender und
Bürgermeisterkandidat**

1

Ich persönlich bin für das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer, bin aber hier mal wieder meiner Partei voraus.

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München leistet eine gute und wertvolle Arbeit. Vor dem Hintergrund der schlechten Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen (jeweils unter 7%) muss man, auch wegen der erheblichen Kosten für die Durchführung der Wahl, in Zukunft über Alternativen der Zusammensetzung nachdenken. Darüber wurde bereits im Stadtrat anlässlich der Änderung der Wahlordnung diskutiert. Hinsichtlich der Kompetenzen und Rechte möchte ich den Ausländerbeirat noch viel stärker im Bereich der Bürgerbeteiligung einbeziehen.

Selbsthilfe-Initiativen sind seit vielen Jahren gerade im gesundheitlichen und sozialen Bereich eine wichtige Ergänzung des professionellen Systems. Ich werde mich deshalb überall dort, wo es sinnvoll und zielführend ist, für eine Erweiterung der Selbsthilfeförderung einsetzen. Das gilt selbstverständlich auch für Migrantenvereine.

Ich stehe nach wie vor hinter dem Konzept des Münchner Forums für Islam. Das geplante Projekt ist – so hat das der Münchner Stadtrat mit großer Mehrheit beschlossen – grundsätzlich eine notwendige Infrastrukturmaßnahme für die über 100.000 Menschen muslimischen Glaubens in München. Wir brauchen eine von uns kontrollierte Imam-Ausbildung und ein Gotteshaus, das für uns Deutsche transparent ist: Deutsche Sprache, deutsche Werte und Grundgesetz.

Die Realisierung des Islamischen Zentrums hängt von einer gesicherten Finanzierung und von der Klärung der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen ab. Das alles ist noch nicht erfolgt. Außerdem gibt es noch keine Beschlüsse, wie das Projekt konkret aussehen und wo es situiert werden soll.

2

Zunächst ist es unbedingt notwendig, das Ganztagsschulangebot rasch bedarfsgerecht auszubauen. Dazu muss die Landeshauptstadt München die notwendigen Klassen- und Differenzierungsräume sowie Mensen, Aufenthalts- und Sportflächen bereitstellen. Es muss auch das Angebot des Freistaats zur vorgezogenen Genehmigung und zur Bezuschussung des Ausbaus der Ganztagschulen stärker in Anspruch genommen werden. Die Ganztagsbildung muss vielfältige Angebote, bei denen unterschiedliche, auch externe Akteure wie z.B. Sport- oder Musikvereine, Handwerker oder Künstler mitwirken, bieten.

Zur umfassenden Ganztagsbildung gehört ein multiprofessionelles Team: Neben den Pädagogen und Sonderpädagogen sind Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiter oder Heilpädagogen und eine intensive Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe notwendig. In der Schule müssen neben der klassischen Bildung auch Alltagskompetenzen vermittelt und alle Kinder individuell betreut und gefördert werden.

3

Wirtschaftliches Wachstum ist die Basis für den Wohlstand in München. Nur wenn die Wirtschaft floriert, kann die Landeshauptstadt München die notwendigen Investitionen tätigen und die hohen Sozialleistungen und Förderungen weiterhin erbringen. Deshalb werden wir den Wirtschaftsstandort aktiv unterstützen. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum und Wohneigentum. Rot-Grün regiert seit fast 24 Jahren die Landeshauptstadt München allein und trägt dafür mit die Verantwortung!

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum und zwar nicht nur für die Reichen und Topverdiener, sondern vor allem für die Normalverdiener, wie Krankenschwestern, Pflegekräfte, Polizeibeamte, Erzieherinnen und Erzieher, Studenten, Angestellte, Arbeiter und Familien. Dazu müssen neue Wohnungen gebaut und bezahlbarer Wohnraum erhalten werden. Dies kann durch zwei Säulen erreicht werden: Einerseits die Ankurbelung des Wohnungsbaus, um dem Miet- und Kaufpreisanstieg entgegen zu wirken. Andererseits durch den Schutz der Mieterinnen und Mieter. In meinem Wahlprogramm gibt es dazu zahlreiche Vorschläge.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Resettlement-Flüchtlinge sollen in ganz München gleichmäßig in möglichst kleinen Wohneinheiten untergebracht und betreut werden. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, dass sowohl die psychische als auch die physische Gesundheit hergestellt und eine rasche Integration möglich wird. Für die Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten gilt die Freizügigkeit mit allen Konsequenzen.

4

Die Initiativen der Landeshauptstadt und der Zivilgesellschaft gegen Rassismus und Diskriminierung werden von Seiten der CSU-Stadtratsfraktion nachhaltig unterstützt. Bis auf eine unrühmliche Ausnahme stellt sich der Münchner Stadtrat geschlossen gegen Extremismus und Rassismus. Dies soll in Zukunft wieder einstimmig so sein. Die Stadtverwaltung wird sich auch in Zukunft in allen Bereichen an die geltenden Gesetze, insbesondere das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) etc. halten.

Die Partei „Die Freiheit“ und ihr Sprecher Stürzenberger führen eine wirklich schamlose und populistische Kampagne gegen den Islam durch, die im Falle des Projektes ZIEM mit der falschen Behauptung, man wolle dieses Islamische Zentrum am Stachus realisieren, gipfelt.

Daher will ich in der täglichen politischen Arbeit und in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ganz klare sachliche Debatten führen. Die falschen Behauptungen und Vorurteile dürfen nicht noch durch eine emotionalisierte Debatte verstärkt werden. Hinzu kommt die Teilnahme an Veranstaltungen gegen diese einschlägig rechtsextremen Gruppierungen. Bereits in der Vergangenheit haben sich Mitglieder der CSU-Stadtratsfraktion und ich häufig an Kundgebungen und Gegendemonstrationen beteiligt.

Sie finden die vollständigen Stellungnahmen im Internet unter www.initiativgruppe.de/Stadtratswahlen.



Die Grünen – rosa liste

Gülseren Demirel
Fraktionsvorsitzende

1

Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, auch mitbestimmen dürfen. Wir haben uns daher schon 2009 beim Oberbürgermeister dafür eingesetzt, dass auch Angehörige von Drittstaaten bei Kommunalwahlen wählen dürfen.

Als politische Interessensvertretung der Zielgruppe von MigrantInnen ist der Ausländerbeirat ein unabdingbares Gremium, v.a. solange Drittstaatsangehörigen das kommunale Wahlrecht verweigert bleibt. Wir nehmen regelmäßig an den Sitzungen teil und lassen die Erkenntnisse daraus und aus den Gesprächen mit Mitgliedern in unsere Arbeit einfließen. Wir wollen den Ausländerbeirat mehr einbinden, z.B. durch beratende Mitglieder in Stadtratsausschüssen.

Die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Selbstorganisationen ist eine unserer zentralen Forderungen. Wir haben uns z.B. dafür eingesetzt, dass das MigrantInnennetzwerk „MORGEN“ wie auch der muttersprachliche Unterricht in den Vereinen finanziell unterstützt werden. Wir wollen die Selbsthilfeförderung finanziell weiterhin besser ausstatten.

Wir wollen in München ein Zentrum für Muslime und eine positive Auseinandersetzung mit dem Islam ermöglichen. Daher haben wir gefordert, dass die Stadt München das „Münchner Forum für Islam“ bei der Grundstückssuche und den Verhandlungen mit dem Freistaat unterstützt.

2

Für flächendeckende, GUTE Ganztagsbildungsangebote braucht es: den Willen zum Ganztags bei den Schulen mit ihren AkteurInnen, im sozialen Umfeld, bei JugendhilfeakteurInnen, Sportvereinen und v.a. bei Politik und Verwaltung. Wir reden mit allen, um die Köpfe für den Ganztags zu öffnen! Rhythmisierter Ganztags: Phasen von Spannung und Entspannung wechseln sich ab, die Angebote sind auf den Biorhythmus der Kinder abgestimmt; Kinder und ihre Familien bestimmen mit. Gemischtprofessionelle Teams setzen sich für ein breites Bildungsangebot ein. Schule braucht Flächen für freie Bewegung, Schulhäuser müssen offener sein und zum Gestalten und Kreativ-Agieren anregen. Ganz wichtig sind geeignete Mensaräume, die das Zubereiten von qualitativ hochwertigem Essen und die Möglichkeit des gemächlichen Verzehrs bieten.

Ohne Externe geht es nicht! In der Institution Ganztagschule soll Bildung vermittelt werden, nicht „nur“ ein Lehrplan. Wir benötigen für die Kooperation mit freien Trägern also zusätzliches Personal, das gemeinsam mit den Lehrkräften Angebote für verschiedenste Zielgruppen schaffen kann. Das erfordert eine ausreichende Finanzierung: Wir haben die Projektmittel (in Höhe von € 3.000) auf alle Ganztagschulen ausgeweitet und planen auch weiterhin in diese Richtung aktiv zu sein. Wir wollen das Prinzip der Subsidiarität wahren und durch die vielfältigen Angebote der Jugendhilfe die Qualität in der Ganztagsbildung weiterentwickeln.

3

Da pro Jahr weniger als 7000 Wohnungen neu gebaut werden, wollen wir v.a. den Bestand von 750.000 Wohnungen preiswert erhalten. Auf stadteigenen Grundstücken darf nur für bezahlbaren Wohnraum gebaut werden. Geförderter Wohnungsbau, Sozialwohnungen, München Modell, Genossenschaften, Konzeptioneller Mietwohnungsbau sind Beispiele, die wir vorangebracht haben. Diese Angebote an günstigem Wohnraum gelten auch für ZuwandererInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten und Resettlementflüchtlinge.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehören weder in die Erstaufnahmeeinrichtungen noch in Gemeinschaftsunterkünfte. Für sie haben wir eigene Wohngruppen mit sozialpädagogischer oder psychologischer Unterstützung eingerichtet. Wir brauchen mehr davon und günstigen Wohnraum, in den die jungen Flüchtlinge nach Beendigung ihrer Jugendhilfemaßnahmen einziehen können.

Wir haben sehr früh auf die Herausforderungen (und Chancen) hingewiesen, die durch die EU-Freizügigkeit auf München zukommen würden und ein Konzept gefordert, wie wir mit diesen Herausforderungen umgehen wollen. Damit in München niemand erfriert, haben wir das 2012 aufgelegte Kälteschutzprogramm maßgeblich vorangetrieben und das Infozentrum für Migration initiiert. Da dies nicht reicht, haben wir ein Konzept für die Unterbringung und Beratung von Familien mit Kindern beantragt.

4

Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus lehnen wir dezidiert ab. Da sie sich oft auf unterschwellige Art und Weise in Gesellschaft und Alltag einschleichen, gilt es hier sehr genau alle Formen von individueller und struktureller Diskriminierung zu bekämpfen. Wir haben uns daher für die Einrichtung einer Stabstelle gegen Rechtsextremismus beim Oberbürgermeister eingesetzt und sie durchgesetzt. Wir haben die Fachstelle für Information und Dokumentation (FIRM) initiiert. Unsere Anträge: Für Rassismus in Schulen sensibilisieren und praktische Interventionsmöglichkeiten aufzeigen.

Wir haben ein Pilotprojekt „anonymisierte Bewerbung“ beantragt. Wir haben beantragt, dass bei den interkulturellen Schulungen der Stadtverwaltung auch das Thema Alltagsdiskriminierung aufgenommen wird. In diesem Bereich gibt es die nächsten Jahre viel zu tun, zu sensibilisieren, aufzuklären. Wir haben eine Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt beantragt und ein Konzept zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus innerhalb der Stadtverwaltung eingefordert. Die Grünen haben gemeinsam mit anderen ein Bündnis gegen Rechtsextremismus gegründet, welches sich auch aktiv für das „Münchner Forum für Islam“ einsetzt. Die Grünen sind an der Organisation verschiedener Veranstaltungen zum „Münchner Forum für Islam“ und gegen Rechtsextremismus beteiligt. Wir nehmen an den regelmäßigen Strategietreffen gegen Rechts teil. Wir arbeiten eng mit der Stabstelle gegen Rechtsextremismus und mit der Fachstelle für Information und Dokumentation zusammen.



FDP

Dr. Michael Mattar
Bürgermeisterkandidat

1

Zu einer Willkommenskultur, die wir als FDP wollen, gehört auch die Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben. Daher will ich mit der FDP auf Bundesebene das kommunale Wahlrecht für Ausländer, die mindestens fünf Jahre in Deutschland gelebt haben, einführen.

Sehr enttäuschend war die Wahlbeteiligung zum letzten Ausländerbeirat. Deshalb muss der Ausländerbeirat, den wir weiterhin brauchen, auf neue Beine gestellt werden, um eine größere Akzeptanz unter den Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Diese Diskussion muss der neue Stadtrat nach der Wahl gleich zusammen mit dem Ausländerbeirat und allen Migranten-Gruppen führen. Die Frage von Kompetenzen eines Ausländerbeirats muss dabei natürlich auch eine wichtige Rolle spielen.

Die Selbsthilfeförderung für Münchner Migrantenvereine muss natürlich fortgeführt werden. Die Frage der Kriterien der Förderung und der verschiedenen Projekte muss dabei mit den Gruppen erneut breit diskutiert werden. Ziel muss dabei sein, eine möglichst ausgewogene und zielorientierte Förderung zu gewährleisten. Eine Ausdehnung der Förderung ist dabei sicherlich grundsätzlich möglich.

Die FDP befürwortet das Münchner „Forum für Islam“. Die Stadt muss aber natürlich weltanschaulich neutral bleiben. Deshalb muss die Finanzierung seitens des Vereins dargestellt werden. Dies ist die Voraussetzung für alle weiteren Schritte. Deshalb kann nicht die Stadt einen Zeitplan vorgeben, sondern nur der Verein. Was den Standort anbelangt, befürworten wir einen Ort, der innerhalb des Mittleren Rings liegt und gut erreichbar ist.

2

Die Ganztagsbetreuung der Kinder unter sechs Jahren ist gut vorangekommen. Großer Nachholbedarf besteht bei der Ganztagsbildung für Schüler vor allem zwischen 6 und 14. Wir wollen zum einen die Vielfalt der verschiedenen Angebote erhalten. Zum anderen besteht aber das größte Defizit an Ganztagschulen und hier vor allem an gebundenen Ganztagschulen. Um den Ausbau hier zu erreichen, muss die Stadt zunächst die baulichen Voraussetzungen schaffen. Wir wollen ein flächendeckendes Angebot – allerdings ohne einen Zwang zur Ganztagschule. Die personelle Ausstattung seitens des Freistaats halten wir für unzureichend. Gerade um Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund stärker zu fördern, braucht es hier eine erheblich bessere Ausstattung.

Die Schulsozialarbeit hat im Rahmen der Ganztagsbildung eine wachsende Bedeutung. Hier bedarf es neuer Konzepte, die die verschiedenen Träger miteinander vernetzen. Private Träger und Vereine müssen mit den Schulen eng zusammenarbeiten; dabei müssen sich die Schulen öffnen.

3

Der Mietpreis, genauso wie die Kaufpreise für Wohnungen, bildet sich über Angebot und Nachfrage. Wenn München wächst, brauchen wir mehr Wohnungen. Nur wenn in den kommenden Jahren mindestens 10.000 neue Wohnungen jährlich gebaut werden, wird dies die Mietpreise bremsen. Wer glaubt, durch Eingriffe in die Miethöhe das Problem zu lösen, wird scheitern, weil dann weniger neue Wohnungen gebaut werden – mit der Folge, dass dann der Druck auf die Mieten noch stärker wird. Neubau von Wohnungen bedeutet natürlich auch Verdichtung in einem Ballungsraum wie München. Die Zusammenarbeit mit der Region ist zudem eine ganz wichtige Voraussetzung zur Lösung des Wohnungsmangels. Um die Mietbelastung zu senken, ist die Einführung eines kommunalen Wohngeldes der sinnvollere und zielgenauere Weg als der Bau völlig überteuerter Sozialwohnungen. Diese sind häufig schon nach kurzer Zeit fehlbelegt und stehen den wirklich Betroffenen nicht mehr zur Verfügung.

Für besondere Gruppen, die vor allem am allgemeinen Mietmarkt keine Chancen haben, sind geförderte Wohnungen sinnvoll. Hier müssen wir neue Wege gehen und auch preisgünstige, einfache kleine Apartments oder Wohnheime bauen. Bei den Zuwanderern aus den europäischen Staaten gibt es sehr unterschiedliche Gruppen. Viele sind qualifiziert und finden nun auch eine sozialversicherungspflichtige Arbeit und brauchen kein gesondertes Angebot. Andere dagegen haben es sehr schwer, überhaupt Arbeit oder Anschluss zu finden.

4

Hier wollen wir alle bestehenden Angebote der Stadt weiterführen. Der Konsens zwischen den demokratischen Gruppen, Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen, ist ein sehr wertvolles Gut und muss mit aller Konsequenz fortgeführt werden. Null Toleranz gegen Intoleranz gilt als oberster Grundsatz, egal aus welcher Ecke Rassismus oder Homophobie geäußert wird. Diese Maßgabe gilt auch für Rechtspopulisten wie die sogenannte „Freiheit“. Wichtig und richtig ist die Beobachtung der „Freiheit“ durch den Verfassungsschutz. Wir werden überall auf die Gefährlichkeit der „Freiheit“ hinweisen und die „Rattenfängerstrategie der Freiheit“ deutlich machen.



Die LINKE.

Brigitte Wolf
Bürgermeisterkandidatin

1

Das Wahlrecht für alle Menschen, die in München leben, ist eine langjährige Forderung der Partei DIE LINKE. Wer von einer politischen Entscheidung betroffen ist, muss auch an ihr mitwirken können. Dieses Grundprinzip der Demokratie ist in Deutschland leider verletzt. Das Wahlrecht soll nur vom Hauptwohnsitz abhängen – wie bei Menschen mit deutschem Pass.

Die Direktwahl des Ausländerbeirats muss bleiben, solange es kein kommunales Wahlrecht für alle gibt. Seine Kompetenzen müssen erweitert werden; er benötigt Mitspracherecht überall dort, wo Migrantinnen und Migranten betroffen sind.

Selbstorganisation und Selbsthilfe muss stärker gefördert werden, gleich, ob politisch, kulturell oder religiös. Dies ist ein notwendiger Schritt, um Austausch zu ermöglichen, aber auch, um Grundlagen für fehlende Infrastruktur zu schaffen, z.B. für die Versorgung älterer Migrantinnen und Migranten.

Der Islam ist neben den beiden christlichen Konfessionen die drittgrößte Religionsgemeinschaft in München. Es ist ein berechtigtes Anliegen, dass sich dies auch im Stadtbild widerspiegelt und dass Muslime zentrale Orte für ihr religiöses Leben in der Stadt haben. Ich befürworte deshalb eine schnelle Realisierung des „Münchner Forum für Islam“, sobald die Finanzierung gesichert ist.

2

DIE LINKE. will eine Schule für alle, längeres gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen und öffentlichen Bildungssystem. Ziel ist eine integrative Schule von der ersten bis mindestens zur neunten Klasse. Wir wollen die soziale Auslese beenden und Kinder und Jugendliche individuell fördern. Wir unterstützen Ganztagschulen und ein flächendeckendes Angebot ganztägiger Bildung und Betreuung. Dies kann nicht durch Lehrkräfte alleine geleistet werden. Wir setzen uns ein für eine bessere Personalausstattung mit ausreichender Finanzierung.

Schule muss grundlegend demokratisiert werden und mehr Mitbestimmungs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler bieten, um von diesen akzeptiert zu werden. Dabei sind alle Gruppen einer Schule einzubeziehen: das Lehr- und Betreuungspersonal und ihre Interessensvertretungen, die Schülerinnen und Schüler, zudem natürlich die Eltern.

Interkulturelle Kompetenz sowie die Möglichkeit, auch Fachunterricht in einer anderen Sprache als Deutsch zu vermitteln, sind ein wichtiges Ziel für eine weltoffene Stadt. Klassen mit oft mehr als dreißig Kindern und Jugendlichen führen zum „frontalen Unterweisungsunterricht“. DIE LINKE. unterstützt die Forderungen der GEW: „Keine Klasse über 25!“ und wird sich für die Umsetzung dieser Forderung in den städtischen Schulen einsetzen.

3

Der Anteil von Wohnungen im städtischen Besitz muss sich enorm vergrößern, sei es durch Neubau oder Zukauf. Ein erstes Ziel wären 100.000 Wohnungen statt bisher etwa 65.000. Leer stehende Wohnungen dürfen nicht toleriert werden. Diese Zweckentfremdung muss aktiv verfolgt werden, dafür benötigen wir mehr Personal. Initiativen, die leer stehende Wohnungen öffentlich machen, verdienen Unterstützung.

Der Mietspiegel bildet aktuell einen spekulativen Markt ab, er ist als Maßstab zur Orientierung ungeeignet und sollte durch Mietobergrenzen ersetzt werden. Auf städtischen Grundstücken ist ausschließlich preiswerter und sozial gebundener Wohnraum zu schaffen. Genossenschaften sind besonders zu fördern.

Die in München geltenden Mietobergrenzen, bis zu denen die Kosten der Unterkunft übernommen werden, sind umgehend anzuheben. Wir brauchen mehr Erhaltungssatzungen; Vorkaufsrechte sind konsequent auszuüben.

Wir fordern eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen. Lager sind entwürdigend, verhindern Integration und schaffen angreifbare Orte. Essenspakete müssen abgeschafft werden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehören in die alleinige Verantwortung des städtischen Jugendamtes. Das Arbeitsverbot muss fallen. Städtische Einrichtungen für Wohnungslose müssen allen Menschen, unabhängig von der Herkunft, zur Verfügung stehen.

4

Die Vielfalt der Stadt muss sich auch in den städtischen Einrichtungen widerspiegeln. Wir fordern die gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund, bis die Zusammensetzung der städtischen Beschäftigten der Zusammensetzung der Stadtbevölkerung entspricht. Anders ist eine diskriminierungsfreie Verwaltung nicht zu erreichen.

Ausbildungsplätze sind gezielt an Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben – bis ihr Anteil an der Altersgruppe erreicht ist. Führen die Auswahlverfahren zu einem geringeren Anteil, so muss geprüft werden, wo Diskriminierung vorliegt. Hierbei werden Ausländerbeirat und Antidiskriminierungsstelle mit einbezogen. Zuwandernde Menschen müssen bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse unterstützt werden.

Mit Rassisten und Nazis darf es keinen Dialog geben, ihre Positionen dürfen nicht als Teil der demokratischen Debatte wahrgenommen werden. Wir beteiligen uns auch in Zukunft aktiv und organisatorisch an den Protesten gegen rassistische, faschistische und antiislamische Veranstaltungen. Die Kriminalisierung dieser Proteste muss aufhören.

Die städtischen Fördermittel für demokratische, antifaschistische Bildungsträger müssen steigen. Räume für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sollen unentgeltlich zur Verfügung gestellt und antifaschistische Projekte an Schulen und Jugendeinrichtungen organisatorisch unterstützt werden. Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (FIRM) und die Fachstelle Rechtsextremismus müssen ausgebaut werden. Es fehlt eine Beratungsstelle, an die sich Opfer rassistischer Gewalt und Beleidigung wenden können.

Schule für Alle – die studentischen Förderlehrkräfte

Dank der Förderung durch den Europäischen Integrationsfonds konnte das Projekt „Mercator“ seit dem letzten Schuljahr 2012/13 unter neuem Titel fortgeführt und um weitere Projektbausteine erweitert werden. Das Projekt „Schule für Alle“ ist nunmehr genau genommen ein Projektverbund, bestehend aus folgenden Kooperationspartnern:

- Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit (Projektträger und Steuerung des Projektes)
- Landeshauptstadt München, Referat für Bildung und Sport
- LMU München – Department Pädagogik und Rehabilitation/ Institut für Schul- und Unterrichtsforschung und Institut für Sonderpädagogik sowie Department I Germanistik, Nordistik, Deutsch als Fremdsprache / Didaktik der deutschen Sprache und Literatur
- TU München, School of Education, Lehrstuhl für Pädagogik
- und nicht zuletzt die Initiativgruppe e.V.

Zur Hauptzielgruppe des Europäischen Integrationsfonds und damit des Projektes gehören Schüler/-innen aus Drittstaaten mit gesichertem Aufenthalt. In diesem Artikel wird jedoch über die studentischen Förderlehrkräfte berichtet. Etwa ein Viertel der Studierenden, die sich für eine Mitarbeit entscheiden, haben selbst einen Migrationshintergrund.

Warum entscheiden sie sich, einen oder mehrere Sprachbegleitkurse über ein ganzes Schuljahr – auch



in den Semesterferien – zu übernehmen, die Förderstunden allein oder zusammen mit anderen Studierenden vor- und nachzubereiten und jeden Freitagmorgen das begleitende Theorie-Praxis-Seminar an der LMU zu besuchen? Hier drei Antworten:

Ich wollte im Projekt „Schule für Alle“ mitarbeiten, da ich neben den anderen vorge-

schriebenen Praktika Erfahrungen mit dem Unterrichten sammeln wollte. Ein besonderer Anreiz für mich war auch die Tatsache, eine bunt gemischte Fördergruppe zu betreuen, bei der die individuelle Förderung im Vordergrund steht.

(V. H., Grundschullehramt, Einsatz in einer Mittelschule)

Die Suche nach einer neuen sozialen Aufgabe neben dem doch größtenteils sehr trockenen Studium ließ mich auf die Internetseite des Projekts „Schule für Alle“ stoßen. Für die Arbeit mit Migranten habe ich

mich entschieden, da es mir sehr am Herzen liegt, Menschen dabei zu unterstützen, ein Zuhause zu finden, eine Heimat, einen Ort, an dem sie leben können und wollen. Die Sprache ist vor allem für die interkulturelle Integration die größte Barriere. „Schule für Alle“ hat mich insofern angesprochen, als dass es zum einen die Möglichkeit mit sich bringt, den Kindern sprachliche und somit sehr praktische Unterstützung für die Integration in die deutsche Gesellschaft zu bieten, und sie zum anderen auch in ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstützen.

(D. K., Gymnasiallehramt, Einsatz in einer Realschule)

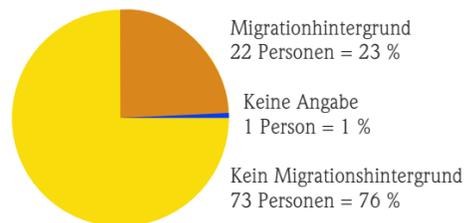
Ich hatte mir demotivierte Schüler/-innen vorgestellt. Unsere Fördergruppe ist jedoch sehr motiviert und engagiert und zeigt Freude bei der Mitarbeit, was die Förderung besonders schön macht... Meine Erwartungen an mich waren, die Schüler/-innen zu motivieren und ihnen Freude am Lernen zu vermitteln. Ich stellte mir auch vor, dass mich einige Situationen eventuell überfordern würden, insbesondere bei der verständnisvollen Vermittlung des Stoffs.

Schwierigkeiten habe ich noch, Inhalte zu erklären, bei denen zwischen den Schüler/-innen und mir eine sprachliche Barriere besteht. Zum Teil konnte ich diese Probleme durch anschauliches Erklären beheben. Die Schüler/-innen konnten mir meiner Meinung nach gut motivieren und auch mit viel Lob bei Erfolgserlebnissen am Ball halten.

(V. H., Grundschullehramt, Einsatz in einer Mittelschule)

Dr. Angela Guadatiello

Migrationshintergrund bei 96 LMU-Studierenden im Schuljahr 2012 / 2013



„Wann fahren wir wieder nach Berlin?“

Jugendwohngemeinschaften auf dreitägiger Reise

Ohne Eltern in einem fremden Land und ohne Sprachkenntnisse: das ist die Situation von vielen jungen Flüchtlingen. In den Jugendwohngemeinschaften (JWG) der IG finden sie die Möglichkeit, wieder Fuß zu fassen. Hier leben junge Erwachsene zwischen 18 und 21 Jahren, die ihr Elternhaus verlassen mussten – bzw. seit geraumer Zeit überwiegend unbegleitete Flüchtlinge. Sie kommen aus Ländern wie Afghanistan, Sierra Leone, Nigeria oder Syrien. Von Krieg und Verfolgung bedroht, haben sie ihr Heimatland verlassen, waren oft der Willkür der Schlepper ausgeliefert und erlebten auf der Flucht demütigende Situationen, Hunger, Durst und Angst – was in den meisten Fällen zu tiefen Traumatisierungen führte.

In den Jugendwohngemeinschaften werden sie im Rahmen der Jugendhilfemaßnahmen (Kinderjugendhilfegesetz/KJHG § 13(3) durch jeweils zwei Sozialpädagoginnen betreut. Hier erhalten sie Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache, werden in eine schulische Maßnahme vermittelt, um einen Schulabschluss zu erwerben, oder sie erhalten intensive Förderung, um einen Ausbildungsplatz zu finden und zu behalten. Darüber hinaus werden sie in vielen Lebenslagen und alltäglichen Dingen unterstützt, dazu gehört oft auch die Vermittlung in eine geeignete Therapieform. Auch Bildungs- und Freizeitmaßnahmen werden mit ihnen durchgeführt, um ihre soziale Integration zu fördern.

Das Highlight des vergangenen Jahres war für alle 12 Bewohner/-innen der beiden Jugendwohngemeinschaften eine Seminarfahrt nach Berlin. Die Reisebeschränkungen für viele der unbegleiteten Flüchtlinge, die eine Gestattung oder Duldung haben, engen deren Bewegungsradius stark ein; deshalb war es für viele eine Möglichkeit, überhaupt eine andere deutsche Stadt kennenzulernen – und dann noch die Bundeshauptstadt! Sie konnten touristische Attraktionen besichtigen und ein Stück Normalität erleben.

Die Hinfahrt mit dem ICE war bereits das erste Erlebnis. Alle waren pünktlich und aufgeregt, was sie in Berlin erleben würden. In Berlin angekommen, erkundete die Gruppe am Nachmittag und Abend gemeinsam die Innenstadt mit ihren Sehenswürdigkeiten, wie z. B. dem Fernsehturm am Alexanderplatz. Die jungen Leute informierten sich an historischen Städten, wie etwa dem Brandenburger Tor, über geschichtliche Ereignisse. Am nächsten Tag genossen alle eine Spreefahrt, bei der sie viele zentrale Sehenswürdigkeiten der Stadt bewunderten. Der Nachmittag war für einen Bummel am Kudamm bzw. für einen Museumsbesuch reserviert. Auf eigene Faust erkundeten die jungen Leute abends das Berliner Nachtleben. Auf dem Programm des dritten Tages stand eine Besichtigung des Bundestags. In der gläsernen Kuppel genossen alle den tollen Ausblick und konnten sich mit dem Mobiltelefon über das politische System der Bundesrepublik Deutschland und die Geschichte des Bundestages informieren.

Anschließend ging es schon wieder mit dem ICE zurück nach München. „Wann fahren wir wieder nach Berlin?“ und „Warum bleiben wir nicht eine ganze Woche?“ wurden die Sozialpädagoginnen gefragt. Die Ergebnisse dieser Fahrt waren einmal, dass die Flüchtlinge ein positives Gruppengefühl entwickelt haben. Zum anderen haben die Eindrücke sie motiviert, weiter für ihr Leben in Deutschland zu kämpfen, eine qualifizierte Ausbildung anzustreben und sich anschließend ein unabhängiges eigenes Leben aufzubauen.

Matthias Königer

Familie, Schule, Arbeit – wie alles unter einen Hut bringen?

Zeitmanagement für die Kursteilnehmerinnen am „Vorkurs für Erziehung und Kinderpflege“

Gea, eine Kursteilnehmerin aus Estland, bringt eine lange tägliche „to do“-Liste mit. Darin schildert sie, was sie alles als Mutter von zwei Kindern, als Hausfrau und Vollzeitkursteilnehmerin in der IG täglich an Aufgaben leistet. Volles Programm hat sie von 6:00 Uhr in der Früh bis 22:00 Uhr am Abend: Kinder wecken, in Kita und Schule bringen, dort wieder abholen, einkaufen, Haushalt organisieren, in die Schule gehen. Es scheint so, dass ihr keine Zeit bleibt, nicht einmal zum Atmen ...

So geht es vielen anderen Kursteilnehmerinnen aus der Gruppe „Vorkurs für Erziehung und Kinderpflege“ beim IBZ Sprache & Beruf. Sie stellen sich die Frage, wo sie selbst bleiben, wo Zeit für sie selbst bleibt. Das Seminar zum Zeitmanagement vermittelt Tipps und Tricks, um den Teilnehmerinnen die Vereinbarkeit von Familie mit Schule (und später Beruf) zu erleichtern.

Die Kursteilnehmerinnen erstellen zunächst eine Liste, um sich eine Übersicht ihrer täglichen Aufgaben

zu verschaffen. Das hilft ihnen zu verstehen, warum sie nicht alles erledigen können, und es hilft ihnen, ihre Aufgaben zu strukturieren: Was machen sie gerne, welche Aufgaben möchten bzw. können sie in der Familie abgeben? Wie sieht es generell mit der Aufgabenteilung innerhalb der Familie aus?

Im nächsten Schritt wird überprüft, wie viel Zeitraum täglich fest verplant ist: Täglich sollten höchstens 60 % der Zeit verplant werden. Besonders für Familien gilt, dass man sich lieber weniger vornehmen sollte, da meistens etwas dazwischenkommt

Dann wird analysiert, aus welchen Gründen Zeitdruck entsteht: Ist es die eigene Perfektion, die einem im Weg steht? Oder gelingt es nicht, Arbeitsstatus rechtzeitig zu vermeiden?

Für viele Frauen mit Doppelbelastung können die Tipps im Ratgeber von Regina Hilsberg „Mehr Zeit für die Familie“ (1999,rororo-Verlag) hilfreich sein; einer davon lautet: „5 Dinge erledigen – und dann Schluss“:

Jeder übernimmt fünf Dinge am Tag, aber nicht mehr. Das könnte z. B. heißen: Die Mutter geht nach

der Schule/der Arbeit einkaufen (1); dann mit der Tochter auf den Spielplatz (2); sie kontrolliert die Hausaufgabe von der Tochter (3); bereitet das Essen vor (4) und liest dann eine Gute-Nacht-Geschichte vor (5). Der Vater besorgt nach der Arbeit ein Geburtstagsgeschenk für die Tochter (1); er räumt nach dem Abendessen die Küche auf (2); er badet den kleinen Sohn (3); räumt zusammen mit den Kindern die Zimmer auf (4) und bereitet eine Brotzeit für den kommenden Tag vor (5). Es bleibt dann noch Zeit für die Planung des gemeinsamen Ausflugs am Wochenende.

Weitere Aspekte sind Pausen/Erholungsphasen pro Tag: Die bewusste Wahrnehmung und das Schaffen von freien Zeiträumen sind besonders hilfreich, um sich im Alltag nicht zu verlieren. Auch eine gewisse Gelassenheit hilft: Wenn man das Chaos und sich selbst nicht so ernst nimmt, lassen sich die anstehenden Aufgaben mit mehr Leichtigkeit lösen.

Maria Nagy

„Jetzt machen wir Politik!“

Das Projekt „self_starter“ soll Jugendliche für Politik begeistern

Zurückzucken, zweifelnde Blicke oder sogar ein abweisendes „Ich-interessiere-mich-nicht-dafür“ – das sind die ersten Reaktionen, wenn ich mit Jugendlichen über Politik spreche. Wenn ich jedoch an diesem Punkt nicht aufgebe (was manchmal leider doch passiert) und ihnen erkläre, was ich unter „Politik“ verstehe, dann reagieren die Jugendlichen meist sehr viel interessierter, als ich ursprünglich annahm (klar, auch ich habe manchmal meine Vorurteile). Sie merken dann nämlich, dass mit Politik nicht allein das „Große“ gemeint ist und dass Politik nicht nur „die da oben“ betreiben, sondern dass Politik bereits damit beginnt, eine Meinung zu haben. So einfach ist das. Eine Meinung haben wir doch alle, oder?

Wenn wieder einmal, spätestens nach irgendwelchen Wahlen, die Politikverdrossenheit der bundesdeutschen Bürger/-innen diskutiert wird, dann sind es vor allem die Jugendlichen, die bei diesen Diskussionen besonders schlecht abschneiden: im Zeitalter von Apps und Playstation seien die Jugendlichen dieses Landes einfach nicht an Politik interessiert. In ihrem jugendlichen Egoismus würden sie nur an sich denken. Ist das aber wirklich so? Eine Meinung haben die Jugendlichen doch auch? Und diese vertreten sie doch

self_starter

auch, oder? Okay, vielleicht sind sie nicht unbedingt politisch organisiert. Aber wenn es um Themen geht, von denen sie betroffen sind, dann merke auch ich, dass sie engagiert sind und hinter ihrer Meinung stehen.

Seit Oktober nun bin ich bei der InitiativGruppe. Mein Auftrag: mit dem Projekt self_starter Jugendliche mit Migrationsgeschichte für Politik zu begeistern und sie auf die politische Teilhabe vorzubereiten. Es ist ein Vorurteil, dass diese Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen besonders wenig Interesse hätten. Das Gegenteil ist der Fall: self_starter wird es unter Beweis stellen.

Unsere Gesellschaft ist geprägt von Vielfalt und diese Vielfalt muss sich weitestgehend in so vielen gesellschaftlichen Bereichen wie möglich widerspiegeln. Politik und Zivilgesellschaft haben dies jetzt erkannt und in die Praxis umgesetzt. Mit Hilfe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Kolibri Stiftung konnte die InitiativGruppe im Oktober dieses Jahres das Projekt self_starter ins Leben rufen.

In meiner Arbeit habe ich inzwischen viele Jugendliche kennengelernt. Aus Ländern wie Italien, Senegal und Griechenland sind entweder sie selbst, ihre Eltern oder ihre Großeltern nach Deutschland geflüchtet oder eingewandert. Die Hintergründe und Motivationen für die Migration sind so vielfältig wie die Jugendlichen selbst. Und die Gründe, weshalb die Jugendlichen gerne bei self_starter teilnehmen möchten, sind letztendlich ebenfalls recht unterschiedlich.

Drei Jahre lang werde ich sie mit dem Projekt self_starter dabei begleiten, politisch aktiv zu werden: Sie werden in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt, lernen vor einer größeren Gruppe zu sprechen, lernen sich auszutauschen, eine Meinung zu vertreten, zu argumentieren und vieles mehr... Ein Praktikum wird ihnen Einsicht in die politische Arbeit vermitteln. Und schließlich werden die Jugendlichen nächstes Jahr im Oktober die Chance haben, sich in Berlin mit Bundespolitiker/-innen auseinanderzusetzen – vorher werden sie noch mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern vorlieb nehmen müssen. Ob wir dann noch behaupten können, die Jugendlichen hätten keinen „Bock“ auf Politik – I am not sure.

Naim Balikavlaya

Interkulturelles Märchenerleben



Riesigen Erfolg ernteten die Märchen-Vorleser/-innen. Gelesen wurden Märchen aus den Heimatländern in der Herkunftssprache und auf Deutsch. Beteiligt waren Münchner Vereine der Tamilen, der Oromos, der Türken, der Chinesen, der Uiguren, der Kurden und der Russen. Rotkäppchen wurde auf bayerisch gelesen. Auch „Nasreddin Hodscha“ und ein „Hacivat und Karagöz“-Schattenspiel sorgten für Begeisterung.

Am 16.11.2013 wurde die IG zum Treffpunkt für große und kleine Märchenliebhaber/-innen. Unter dem Motto „Drachen, Bären, Zwerge – Märchen und Geschichten von nah und fern“ präsentierten Vertreter/-innen der IG, des Netzwerkes „MORGEN“ sowie ehrenamtliche Vorleser/-innen und Schauspieler/-innen unterschiedliche Märchen, Fabeln und Geschichten aus ihren Heimatländern in der jeweiligen Familiensprache und auf Deutsch. Dadurch kam ein buntes Programm aus türkischen, kurdischen, Oromo, tamilischen, chinesischen, russischen, äthiopischen, und bayerischen Märchen zustande, welche die zahlreichen Kinder, Eltern und Besucher/-innen in fremde Welten zu Nasreddin Hodscha, sprechenden Tieren und dem Elefant mit den rosaroten Ohren entführten. Begonnen und abgerundet wurde das vielfältige

Programm jeweils durch ein Theaterstück, das im großen Saal der IG stattfand.

Dank des Café Indigo, des IG-Frauenprojektes sowie durch die großzügige Spende von Feinkost Weber konnten sich alle an den leckeren kulinarischen Spezialitäten erfreuen. Zum Abschluss der Veranstaltung durfte sich jedes Kind noch ein selbst ausgewähltes Buch mit nach Hause nehmen.

Wir danken allen, die zu diesem schönen Erlebnis beigetragen haben: Helga Wolf und Michael Führer-Wolf für ihre Initiative, den ehrenamtlichen Vorleserinnen und Vorlesern, den Organisatorinnen und Organisatoren der IG und von MORGEN; wir danken für die Förderung durch den BA Maxvorstadt, für die Bücherspenden von Frau Beck, Stiftung Kolibri, und von Susanne Bräunig – und dem Stadtrat Marian Offman für seine Grußworte.

Friederike Thoenes

DRACHEN,
BÄREN,
ZWERGE...



Märchen und Geschichten
von nah und fern

Es war einmal ...

Zur Bedeutung von Märchen für den Spracherwerb

Lourdes Ros, Vorstand der IG, zeigte in ihrer Begrüßungsrede zum Lesefest am 16. November in der IG, wie außerordentlich wichtig Märchen für den Spracherwerb sind:

Liebe Eltern, liebe Kinder, liebe Gäste,

„es war einmal“ – so fangen viele Märchen an. Und wie gehen sie weiter? „Es war einmal eine Prinzessin, ein Bär, eine Hexe, ein feuerspeuckender Drache ...“. Und wenn man so anfängt, dann leuchten die Kinder-
augen voller Spannung.

Warum lieben Kinder Märchen? Dafür gibt es viele Gründe: Zualererst ermöglichen Märchen Kindern, eine schöne, positive Zeit zu verbringen: mit ihren Eltern zu kuscheln, im Kinderkreis in der Gemeinschaft zu lauschen. Die laute Welt, die schnelle Zeit stehen still. Märchen haben aber auch eine psychologische Funktion und dienen der Herzensbildung: Sie vermitteln Werte, zeigen Gut und Böse, Richtig und Falsch und das Leben in der Gemeinschaft. Das bietet Kindern Orientierung, und auch die lieben sie.



Deutsch-Türkische Erzählwerkstatt: Özlem und Savas fesselten mit ihren Märchen Jung und Alt.

Märchen haben auch weitere Vorteile für Kinder: Da Werte immer in die jeweilige Kultur einbettet sind, wird über Märchen auch Kultur vermittelt. Und natürlich Traditionen. Wenn Eltern ihren Kindern also Märchen aus ihren Heimatländern erzählen und die Erzieher/-innen im Kindergarten Märchen aus Deutschland, so lernen die Kinder Werte und Traditionen aus beiden Ländern kennen – was für eine Bereicherung! Und schließlich fördert das gespannte Zuhören in der Märchenstunde auch die Konzentration und die Fantasie, und beides können die Kinder für die Schule gut gebrauchen.

Das sind aber noch nicht alle Vorteile. Ein ganz entscheidender fehlt noch: Märchen fördern die Sprachentwicklung und sind für diese eigentlich unverzichtbar. Auch hierfür gibt es mehrere Gründe: Sprache lernt man am besten, wenn man sie in einer guten, herzlichen Beziehung benutzt und wenn der Sprachgebrauch emotional ist. Das ist beim Vorlesen von Märchen in besonderem Maße der Fall. Zudem kommen in Märchen sowohl Grammatikphänomene als auch Wörter vor, die man in der gesprochenen Sprache nicht oder nur selten findet und die typisch für die schriftliche wie für die formelle Sprache sind. Das heißt, dass wir mit dem Vorlesen von Märchen auch etwas für die Schriftsprache der Kinder tun und damit für ihre Zukunft. Denn gerade die Schriftsprache ist für Migrantenkinder eine besonders hohe Hürde – im Deutschen genauso wie in der Muttersprache. Für den Schul- und Bildungserfolg ist sie aber besonders wichtig.

Der aktuelle Forschungsstand besagt, dass man erst nach 5 Jahren Kontakt zur Schriftsprache ein Konzept von Schriftsprachlichkeit verinnerlicht hat, egal in welcher Sprache. Das heißt, dass Kinder schon lange vor der Schule Bücher brauchen, um mit der geschriebenen Sprache gut zurechtzukommen. Für die Kleinen gibt es Bilderbücher mit und ohne Text, die man in jeder Sprache ‚vorlesen‘ kann.

Übrigens gelten alle Vorteile, die ich aufgeführt habe, auch für mündlich erzählte Märchen und Geschichten, denn auch mündlich erzählt behalten sie die Besonderheiten der formellen Sprache. Das gilt für den Wortschatz ebenso wie für die Grammatik.

Liebe Eltern: Wir möchten Sie mit unserem Lesefest ermutigen, den Kindern in Ihren Sprachen vorzulesen und Geschichten zu erzählen. Und wir möchten Sie auch ermutigen, Gelegenheiten zu suchen, in denen Ihre Kinder deutsche Märchen und Geschichten hören können: im Kindergarten, in der Bibliothek – und auch bei uns in der IG. Und jetzt wünsche ich Ihnen allen, vor allem aber euch Kindern, einen schönen Nachmittag und tolle Geschichten!

Lourdes Ros



Super LernCamp!

In den Weihnachtsferien 2013/14 konnten 30 Grundschulkinder am LernCamp teilnehmen. Vormittags wurden die Deutschkenntnisse verbessert, nachmittags Fußball gespielt und trainiert. „So machen Ferien Spaß!“, sagten die Kinder. Auch die Eltern wirkten mit bei der abschließenden Präsentation und beim Turnier. Für alle Kinder gab es am Ende noch Auszeichnungen und Urkunden. Das Projekt wird gefördert durch die Bildungstiftung der Münchner Stadtwerke und der Stiftung „Kick ins Leben“. Die IG unter Leitung von Eva Stempel und Jule von der Haar organisierte das LernCamp in Zusammenarbeit mit dem „FC Wacker München“ und „buntkickt gut“. Das nächste LernCamp findet in den Osterferien statt.



Veranstaltungen bis Juni 2014

Weitere Informationen zu diesen und anderen Veranstaltungen finden Sie unter www.initiativgruppe.de

Politik

**Donnerstag, 20. März 2014,
18:00 – 20:00 Uhr, IG, Karlstraße 50**

Alltagsrassismus

Erfahrungen, Umgang, Veränderung

Vortrag von Astride Velho, Diplompsychologin
Moderation: Lourdes Ros,
IG, stv. geschäftsführender Vorstand
Alltagsrassismus ist allgegenwärtig: durch offene oder subtile Bemerkungen werden „Menschen mit Migrationshintergrund“ als besonders, fremd und nicht zugehörig gewertet und dadurch ausgegrenzt, diskriminiert und entwertet. Diese Mechanismen werden häufig gelehrt und abgewehrt, können bei den Betroffenen zu einem negativen Selbstbild führen. Durch die Bewusstmachung des eigenen Umgangs mit Alltagsrassismen sowie dessen Auswirkungen könnten die Verhältnisse geändert werden.

Veranstaltungen zum Thema Europa

in der IG, Karlstraße 50

In Kooperation mit „Dialogos e.V.“ und dem „Forum Euro Krise“

**Montag, 31. März, 19:30 Uhr
HOFFNUNG OHNE HEIMAT –
WANDERARBEITER IN EUROPA**

Vortrag von Philip Anderson,
Sozialwissenschaftler und Migrationsforscher
Wanderarbeiter/-innen sind die neue Arbeiterklasse der Globalwirtschaft und fester Bestandteil unserer europäischen Gesellschaft. Sie bauen unsere Häuser, sie kochen unser Essen, sie putzen unsere Wohnungen, sie pflegen unsere Alten, sie stechen unseren Spargel. Sie haben ihre Heimat für Monate oder Jahre verlassen, um in der Fremde als legale oder illegale Einwanderer/-innen ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

**Mittwoch, 7. Mai, 19:30 Uhr
FREIHANDELSFALLE – DAS TRANS-
ATLANTISCHE HANDELSABKOMMEN TTIP
Podiumsgespräch mit Fritz Glunk und
Christian Hirneis (BUND)**

Moderation: Henning Hintze, Journalist
Das TTIP-Abkommen hätte größte Auswirkungen auf unser Land und alle anderen EU-Mitgliedstaaten. Es würde zu enormen Nachteilen bei Rechtsprechung, Umweltschutz und öffentlicher Daseinsfürsorge sowie zu einem empfindlichen Demokratieabbau führen. Auch Umweltstandards und Arbeitsschutzgesetze würden sich verschlechtern, z. B. dürften amerikanisches Gen-Food in Europa verkauft und Gen-Mais angebaut werden.

**Donnerstag, 22. Mai, 19:30 Uhr
SOLIDARITÄTSARBEIT,
SELBSTHILFE UND FREI-
WILLIGES ENGAGEMENT
IN GRIECHENLAND**



Vortrag von Pavlos Delkos,
Sozialpädagoge und aktiv in vielen griechischen
Selbstorganisationen und im Forum Eurokrise
Fünf Jahre Wirtschaftskrise und harte Sparmaßnahmen in Griechenland haben zu dramatischen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, auf das soziale Leben und die Gesundheitsversorgung geführt. Über ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. In dieser ausweglosen Situation wachsen unter dem Motto „Kein Mensch ist allein in der Krise“ neue Formen der Selbsthilfe, der Solidarität und des Widerstands in der Bevölkerung.

**Dienstag, den 11. März
um 18:30 Uhr in der IG,
Karlstraße 50, Rückgebäude
Saal im Erdgeschoß
Veranstaltung zur
Kommunalwahl**

Für Wähler/-innen, die zum ersten Mal wählen gehen oder denen das Wahlverfahren nicht klar ist, bietet Ihnen die IG die Möglichkeit, sich über das Wahlverfahren ausführlich und parteipolitisch neutral zu informieren.

Das Wahlsystem zu den Stadtratswahlen bietet Ihnen verschiedene Entscheidungsmöglichkeiten; es ist sehr demokratisch, aber auch etwas kompliziert – wenn Sie nicht nur eine Wahlliste ankreuzen wollen. Insgesamt können Sie 80 Stimmen vergeben. Wie das geht, erfahren Sie auf der Veranstaltung.

**12. Februar, 18:00 – 21:00 Uhr
München lebt Vielfalt?!**

**Münchner_innen mit Migrationsgeschichte
diskutieren mit Kommunalpolitiker_innen**

Ort: Großer Sitzungssaal des Münchner Rathauses
(Marienplatz 8)

Anmeldung bitte bis 7. Februar bei
f.thoenes@initiativgruppe.de

Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 16. März 2014 haben Sie die Möglichkeit, mit Politikerinnen und Politikern, die für den Stadtrat kandidieren, zu diskutieren – und zwar über Themen, die Sie interessieren. Anwesend sind die Kommunalpolitiker/-innen:

Costas Gianacacos (SPD)

Gülseren Demirel (Die Grünen – rosa liste)

Marian Offman (CSU)

Çetin Oraner (Die Linke.)

Jürgen Hoffmann (FDP)

Moderation: Özlem Sarıkaya (BR, Moderatorin
des interkulturellen Magazins „puzzle“)

Neuer IG-Standort

**FIBS (Berufliche Beratung und Qualifizierung für
Frauen) und BBD (Berufsbezogene Deutschkurse)
sind umgezogen! Neue Adresse:
Arnulfstr. 197, 80634 München**

Kursstarts von FIBS im Frühjahr 2014:

- **Mosaik** – Berufliche Neuorientierung für Migrantinnen (Deutschkenntnisse B1):
Beginn: 24. Februar 2014, 8:30 – 12:30 Uhr
- **Kompass** – Beruflicher Neustart für Migrantinnen mit C1-Prüfung (Deutschkenntnisse B2):
Beginn: 3. März 2014, 8:30 – 12:30 Uhr
- Qualifizierung zur **Buchhaltungsfachkraft**:
Beginn: Juni 2014, 8:30 – 13:00 Uhr
(genaues Datum noch offen),

Wer sich für den Lehrgang „Staatlich anerkannte Hauswirtschafterin“ ab September 2014 interessiert, sollte sich auch bereits im Frühjahr bei uns melden. Dann ist noch eine Teilnahme an dem Kurs Fachsprache Hauswirtschaft und Gastronomie möglich, der ab Mai im IBZ angeboten wird und sprachlich auf den Lehrgang vorbereitet.

Informationstage für den Hauswirtschaftskurs:
19. Februar, 27.03., 29.04.2014, jeweils 9:30 Uhr

Vorbereitung auf die externe Prüfung zur staatlich anerkannten Hauswirtschafterin:
Beginn: 22.09.2014, 8:30 – 13:30 Uhr

Arnulfstr. 197, III. OG, 80634 München
Anmeldung zur Beratung für alle Kurse:
Esmerina Rexhepi
Neue Telefonnummer: 45 205 11-26
E-Mail: fibs@initiativgruppe.de

BBD Berufsbezogene Deutschkurse
Arnulfstr. 197, IV. OG, 80634 München
Information: Olena Pylyavska
Neue Telefonnummer: 45 205 11-10



Neue Adresse für die Projekte FIBS (3. OG) und BBD (4. OG): Arnulfstr. 197, 80634 München

Kultur

Interkulturelles Musikprojekt 2014

**Freitag, 28.03.-30.03.2014, 16:00 Uhr
bis Sonntag, 17:00 Uhr: MIKADO-Musikseminar
in der Jugendherberge Augsburg**
Teilnehmen können 15 Jugendliche zwischen 11 und 18 Jahren (oder älter), die ein Instrument spielen.



**Filmreihe im Jugendinformationszentrum (JIZ)
und in der IG, Eintritt immer frei**

JIZ: Herzogspitalstr. 24
(Eingang: Herzog-Wilhelm-Straße – Nähe Stachus)
Anmeldung für Gruppen im JIZ erbeten
IG: Karlstraße 50 (Ecke Augustenstraße;
Nähe Stiglmaier- oder Königsplatz)

**Mittwoch, 26.02.2014, ab 18:30 Uhr im JIZ:
WEIL ICH SCHÖNER BIN**

(D 2012, 84 Min., FSK: 6 Jahre)
Das Mädchen Charo, das aus Kolumbien kommt, lebt als „Illegale“, also ohne Papiere in Deutschland. Als ihre Mutter von der Polizei aufgegriffen wird und binnen 14 Tagen Deutschland verlassen muss, weiß Charo nicht mehr weiter.
www.filmgalerie451.de/filme/weil-ich-schoener-bin
Trailer: <http://youtu.be/kfWxDtSdwPY>

**Mittwoch, 26.03.2014, ab 18:30 Uhr im JIZ:
JUST THE WIND**

(H/D/F 2012, 91 Min., FSK: ab 12 Jahre (beantragt))
Rassisten bedrohen eine Roma-Siedlung in Ungarn. Zwar geht Anna in die Schule und ihre Mutter zum Putzen, aber alle haben Angst und verlassen ihre Wohnungen nur selten. Dennoch entkommen sie nicht der Gewalt.
www.peripherfilm.de/justthewind
Trailer: http://youtu.be/7q_8EJa2vSc

**Mittwoch, 30.04.2014, ab 18:30 Uhr im JIZ:
REVISION**

(D 2012, 106 min., FSK: ab 12 Jahre)
Zwei Roma aus Rumänien versuchten 1992 von Polen nach Deutschland zu fliehen. Sie wurden von zwei Jägern erschossen, die behaupteten, die Menschen mit Wild verwechselt zu haben. Die Täter wurden freigesprochen. Im Film wird erneut ermittelt – durch Interviews mit Familienangehörige der Roma, Zeugen und Sachverständigen.
[revision-film.eu/de](http://www.revision-film.eu/de)
Trailer: <http://youtu.be/s49-G8QE7VQ>

**Dienstag, 20.05.2014 ab 18:30 Uhr in der IG:
EIN LEBEN MIT DER DULDUNG**

(D 2010, 46 Min.)
Eine Familie aus Angola lebt mit ihren drei in Deutschland geborenen Kindern seit 18 Jahren in Berlin. Die Asylanträge der Eltern wurden abgelehnt, ihre Aufenthaltsgenehmigungen werden jeweils nur ganz kurze Zeit verlängert, sodass sie mit einer drohenden Abschiebung und ohne andere Perspektiven leben müssen.
Internet: www.filmsortiment.de
Trailer: <http://youtu.be/msZVLid2aaw>

**Sonntag, 18.05.2014 von 11:00 Uhr - 13:00 Uhr:
KONZERT unserer fortgeschrittenen Schüler/-
innen im Kleinen Konzertsaal im Gasteig**

Zu hören gibt es Gruppen- und Soloauftritte an Gitarre, Klavier, Baglama Saz, sowie Darbietungen der Gesangsschülerinnen und einige Popsongs, interpretiert von einem Bandensemble aus Schüler/-innen, das sich im Oktober gegründet hat.

**Samstag, 31.05., Samstag, 07.06. und Sonntag,
08.07. 2014, 15:00 Uhr SCHÜLERKONZERTE**
am 31.05. und 07.06 in der IG-Feuerwache;
am 08.07. im Café Indigo/IG, Karlstraße 50



**Ab Herbst 2014 starten die ersten Aktionen
im Zusammenhang mit dem Projekt
„POP TO GO – unterwegs im Leben“**

Für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren, deren Chancen Musik zu lernen, durch eine soziale oder finanzielle Risikolage in der Familie gering sind, stehen attraktive Jugendkulturangebote zur Verfügung. Sie werden von uns und unseren Bündnispartnern (Feierwerk e.V., Verband für Popkultur in Bayern (VPBy), Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., Cultures Interactive e.V., Stiftung Gute-Tat) konzipiert und veranstaltet.

**Rückfragen sind möglich bei
Jenny Geitner**

Dienstag bis Freitag 14-18 Uhr
unter Tel. 089/54467171
oder Mail an j.geitner@initiativgruppe.de



**Nihan Devocioglu feat Barcelona
Gipsy Klezmer Orchestra (BGKO)**

Freitag, 04.04.2014
Einlass 20:00 Uhr Beginn 20:30 Uhr
IG-Feuerwache, Ganghoferstraße 41
(U4/U5 Schwanthalerhöhe)
Veranstalter: InitiativGruppe
mit freundlicher Unterstützung der Landeshauptstadt
München, Kulturreferat